

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Geschäftsleiter:
Erich Kästner, Berlin.
Telefon: Amt 5049/4100



Redaktion für Druck und Verbreitung:
Berlin SO 36, Zehn-März-Platz 6
Telefon: Central

Die Zeitung wird im Auftrag
des Bundes der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands
veröffentlicht, unter der Leitung des Bundesrates der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands

Berlin, den 28. Okt. 1932.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Neuer Gewaltakt?

Die Pläne der Papen-Barone gegen Preussen.

SPD. Die Preussische Staatsregierung hat dieser Tage ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, sich auf dem Boden des Leipziger Urteils mit dem Reichskabinet und mit dem für Preussen eingesetzten Reichskommissar über die Art zu verständigen, wie nun in Preussen weiterregiert werden soll. Zu einer solchen Vereinbarung hat auch der Staatsgerichtshof selber geraten aus der Erkenntnis heraus, dass seine Entscheidung, die mit all ihren Wenns und Abers durch die Unklarheit und Unvollkommenheit des Diktaturartikels bedingt war, nur bei dem denkbar besten Willen aller Beteiligten die Grundlage für ein vernünftiges Arbeiten in dem grössten deutschen Freistaat bilden kann.

Das Kabinet Papen aber hat das Anerbieten des Preussischen Ministerpräsidenten unbeantwortet und unbeachtet gelassen. Es will seinen Weg selbständig und ohne Rücksicht auf die Preussische Regierung, deren verfassungsmässiges Bestehen in Leipzig ausdrücklich anerkannt worden ist, weitergehen. Zwar wird am Sonnabend eine Besprechung beim Reichspräsidenten stattfinden, an der Braun und Papen beteiligt sind, doch alle Anzeichen deuten daraufhin, dass das Reich nicht etwa verhandeln, sondern nur vorher vom Kabinet mit Zustimmung Hindenburgs gefasste Beschlüsse zur Kenntnis bringen will. Beabsichtigt ist die Betrauung einer Reihe neu zu ernennender Reichsminister ohne Portefeuille mit der kommissarischen Leitung bestimmter preussischer Ministerien. Geplant soll weiter sein die Abschaffung oder Zusammenlegung verschiedener Ministerien.

Was die zuletzt erwähnte Massregel betrifft, so kann ihre Rechtswidrigkeit von vornherein keinem Zweifel unterliegen. Sie würde einen mit dem Artikel 48 selbst bei weitestgehender Auslegung nicht zu begründenden Eingriff in die Hoheitsrechte des Preussischen Staates bedeuten. Anders liegen die Dinge bei der Bestellung kommissarischer Landesminister. Die Reichsregierung ist in der Lage, sich auf den Spruch des Staatsgerichtshofes zu berufen, der die Einsetzung von Kommissaren für zulässig erklärt und auch dagegen keine grundsätzlichen Einwendungen erhebt, dass ministerielle Geschäftsbereiche erfasst werden, "deren Aufgaben nicht unmittelbar auf das Gebiet der allgemeinen Politik fallen oder zur Aufrechterhaltung der politischen Ordnung dienen".

Formal hält sich also das Kabinet Papen im Bereich der ihm zugestandenen Kompetenzen. Eine ganz andere Frage aber ist die, ob ein solches Vorgehen mit dem Sinn des Artikels 48 noch in Einklang zu bringen ist. Nach Absatz 2 dieses Artikels, der in Leipzig allein als anwendbar anerkannt wurde, ist die Voraussetzung eines diktatorischen Einschreitens die erhebliche Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, und demzufolge können die Massregeln, die getroffen werden, auch nur auf die Abwehr dieser Gefahren und Bedrohungen abgestellt sein. Sicherheit und Ordnung sind in Preussen nicht.

mehr bedroht als in irgend einem anderen Staate, und wenn sie es wären, so würden die Anordnungen der Reichsregierung die gebotenen Grenzen weit überschreiten. Aber man muss sich klar darüber sein, dass die Erhaltung von Sicherheit und Ordnung nur ein Vorwand ist. Der wahre Beweggrund ist der Wille, Preussen seiner Selbständigkeit zu berauben, Polizei und Verwaltung dem Reich und den von ihm eingesetzten und einzusetzenden konservativen Beamten zu überantworten und die verfassungsmässige Landesregierung kaltzustellen.

Gewiss hat der Staatsgerichtshof dem Ermessen des Reichspräsidenten bei der Anwendung des Artikels 48 einen weiten Spielraum gewährt und es für unbewiesen erklärt, dass die Verordnung vom 20. Juli zu ausserhalb des Artikels 48 Abs. 2 liegenden Zwecken erlassen sei. Aber dieser Standpunkt ist schlechterdings nicht aufrechtzuerhalten, wenn die Reichsregierung es ablehnt, sich mit dem verfassungsmässigen Preussenkabinet über die Methoden der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit zu verständigen. Denn schon dadurch beweist sie, dass sie ganz andere Ziele im Auge hat, und dieser Beweis wird verstärkt durch die Ernennung von Reichsministern zu Kommissaren.

Und nun versuche man sich einmal die praktischen Folgen des ganzen Spielles vorzustellen. Wir werden zwei Regierungen in Preussen haben: die kommissarische und die verfassungsmässige. Die eine erlässt Anordnungen, die andere ist dem Landtag verantwortlich. Die eine gründet ihre Existenz auf die Notverordnung des Reichspräsidenten. Die andere auf ihre Verfassungsmässigkeit. Die eine leitet die preussische Verwaltung, die andere vertritt Preussen im Reichsrat. Hier wird das vollendetste Chaos geschaffen. Hier werden leichtfertig die verhängnisvollsten Konflikte heraufbeschworen, hier wird von Männern, die die Autorität der Regierung ständig im Munde führen, die Autorität der Preussischen und der Reichs-Regierung untergraben.

Wir halten Herrn von Papen nicht für verblendet genug, die unausbleiblichen Wirkungen seiner Politik nicht selber zu sehen. Er, der Ordnung und Sicherheit wahren zu wollen behauptet, muss wissen, dass sein Vorgehen die schwersten Beunruhigungen und Erschütterungen nach sich ziehen wird. Er muss die absolute Unhaltbarkeit des Zustandes erkennen, den er zu schaffen im Begriff ist. Dem Schritt, der jetzt getan werden soll, müssen - darüber ist sich der Reichskanzler sicher nicht im Zweifel - andere folgen und sie können, soweit die Reichsregierung in Betracht kommt, folgerichtig nur auf die Ergreifung der vollen Macht in Preussen gerichtet sein. Das umsomehr, als ihr einstweilen durch den Leipziger Spruch die Möglichkeit auf dem Wege über den Reichsrat zu dem, was sie eine Verfassungsreform nennt, zu gelangen, abgeschnitten worden ist.

Jedenfalls stehen wir mitten in einem Verfassungskonflikt, demgegenüber der, den Bismarck vor siebenzig Jahren in Preussen herbeiführte, an Bedeutung verblasst. Man darf annehmen, dass in diesem Streit die süddeutschen Staaten nicht zu dem Reich halten. Aber die letzte Entscheidung liegt bei der Gesamtheit des deutschen Volkes. Es muss einen Reichstag wählen, der die Entschlossenheit besitzt, dem gegen die Grundlagen der Weimarer Verfassung gerichteten frevelhaften Spiel ein Ende zu machen, und es muss darüber hinaus bereit sein, die letzte Kraft einzusetzen zur Ueberwindung der Cliques, die gestützt auf die verlogene Konstruktion eines staatlichen Notstandsrechts die Demokratie vernichten wollen. Die Führung in diesem Kampf hat die Arbeiterklasse zu übernehmen.

Rudolf Breitscheid

SPD. Die kommunistischen Führer haben einen neuen Kurs der Gemeinheit und der Niedertracht gegen die sozialdemokratische Partei eröffnet. Eine Schlammflut der wildesten Beschimpfungen, geboren aus hemmungslosem Hass, ergiesst sich aus ihrem Munde gegen die Sozialdemokratie. Wir geben die

Spitzenleistungen dieser verlogenen Beschimpfungen der Verachtung der gesamten Arbeiterschaft preis.

Die Berliner "Rote Fahne" vom 28. Oktober 1932 veröffentlicht eine Darstellung über Proletarierehend in einer Berliner Mietkaserne. Diese Darstellung versieht sie mit der Überschrift "Dieses System verteidigen SPD- und Naziführer gegen den Kommunismus!"

Im selben Geiste heisst es in der gleichen Nummer: "Zusammen mit Hugenberg hat auch die SPD das Brot geraubt."

Diese schmutzig verlogenen Anwürfe sind Verleumdungen wider besseres Wissen! Die Burschen, die dies den kommunistischen Arbeitern zu bieten wagen, glauben selbstverständlich selbst nicht an die Richtigkeit dieser verleumderischen Anwürfe. Wir sind überzeugt, dass vielen kommunistischen Arbeitern die Schamröte ins Gesicht steigen wird, wenn sie die charakterlose Verlogenheit ihrer sogenannten Führer in ihrem eigenen Blatt erkennen werden!

Wer solche Verhöhnung offenbart, der kämpft für keine gute Sache! Dieser Abgrund der Gemeinheit in der kommunistischen Propaganda wird den Arbeitern die Augen öffnen! Sie werden erkennen, dass es für sie nur eine Partei gibt - die Sozialdemokratie!

SPD. Der gegenwärtige Zufalls-Kanzler und "Nachfolger Bismarcks" steht seit dem 13. August geradezu in einer Idealkonkurrenz mit dem Herrn der Bräuden Häuser. Während der Oberosaf vor Jahren im Hofbräuhaus in München das "Dritte Reich" aus der Taufe hob, verkündete jüngst Herr von Papen im gleichen Capua das "Sacrum Imperium", das "Heilige Reich". Bescheiden und gelassen fügte der hohe Gast hinzu: der bisherige Erfolg der Reichsregierung werde ihr das heute schon fühlbare Vertrauen der breiten Massen des Volkes vollends sichern. Staunend ob solcher Phantasie und so vieler Einbildungskraft griff der Leser zu einem gewiss unverdächtigen und unvoreingenommenen Zeugen, der "Kölnischen Zeitung", und las in diesem grossen rechtsgerichteten Blatt, unter dem Titel "Amoklauf", folgende Bilanz der Papenregierung:

"Der Zu der jüngsten deutschen Handelspolitik hinterlässt eine Bahn von Scherben und Trümmern... Die Rechnung aber für diesen Amoklauf zahlen unsere Industrie und unsere Verbraucherschaft. Wir werden noch einige tausend industrielle Zusammenbrüche und noch einige Millionen Erwerbslose verbuchen, an die dann die Landwirtschaft ihre Erzeugnisse zu erhöhten Preisen absetzen mag, und der Staat mag von ihnen seine Steuern einziehen... Ist das eine Sicherung der Ernährung, wenn der städtischen Verbraucherschaft der Brotkorb erheblich höher gehängt wird, wenn die Arbeitslosigkeit durch Vernichtung der Ausfuhr weiter gesteigert wird, wenn wichtige Gruppen der deutschen Industrie vernichtet werden, sodass wesentliche Teile des deutschen Volkes nicht mehr in der Lage sind, ihren Unterhalt und ihre Ernährung zu verdienen?"

"Scherben und Trümmer", das sind die wirtschaftlichen und handelspolitischen "Erfolge" des Papenkabinetts nach dem Urteil eines Zeugen, den weder Herr von Papen noch irgend ein anderes Mitglied des Herrenklubs anzweifeln kann. Was aber hier die "Kölnische Zeitung" als "Amoklauf", als irrsinnige Vernichtung der deutschen Wirtschaft beschreibt, das ist das Kennzeichen für die gesamte Regierungstätigkeit im "Heiligen Reich" des Herrn von Papen. Wo und auf welchem Gebiet hat die Baronswirtschaft keine Scherben- und Trümmerhaufen errichtet? Auf dem Altar der deutschen Junker und der Schwerindustrie raucht das Opfer der deutschen Volkswirtschaft. Ob Ausfuhrindustrie oder Handel, Arbeiter, Angestellte, Kleinbauern, Rentner oder Kriegsbeschädigte, Handwerker oder Kleingewerbetreibende, ihre wirtschaftliche Lage wird täglich aussichtsloser und immer höher steigt die unersättliche Flut des Elends und des Grauens. Der Wirtschaftskrieg, den das Papenkabinett mit ganz Europa

führt, zerstört ungezählte Existenzen. Täglich werden in Holland, in der Schweiz, in Skandinavien deutsche Angestellte und Arbeiter entlassen. Die Aufenthaltserlaubnis wird ihnen entzogen. Englische Arbeiter und Angestellte treten an ihre Stelle, so, wie der englische Export die bisherigen deutschen Lieferungen erobert und für viele Jahre besetzt hat. Ein Scherben- und Trümmerhaufen ist die deutsche Aussenpolitik. So eingekreist und angefeindet dieses Papen-Deutschland geworden ist, so isoliert war kaum das Deutschland Wilhelms II. und nicht einmal das bolschewistische Russland.

Sehen wir innenpolitisch Besseres als Scherben und Trümmer? Wo ist die durch die Weimarer Verfassung über den schrecklichen Zusammenbruch vom November 1918 hinübergerettete deutsche Einheit? Was einem Bismarck zu vollenden versagt blieb und dem Kriegsausgang beinahe wieder zerstört hatte, der Republik und der Demokratie war es gelungen. Drei Monate Papenregierung und die alte Mainlinie stand und steht wieder drohend vor der deutschen Nation. Republik und Verständigungspolitik hatte das Rheinland befreit und die Reparationslasten ausgelöscht. Wenn die Gewaltpolitiker in England und Frankreich die Oberhand erlangen sollten, wird Deutschland in das Jahr 1918 zurückgeworfen, und lächerlich zu glauben, es könnten uns einige Tanks und schwere Geschütze davor bewahren. Republik und Demokratie hatten in Deutschland die Kommunisten zu vollkommener Ohnmacht herabgedrückt. Das Papenkabinett und die Gewaltpolitik des Herrenklubs können sich rühmen, den Diktatoranbetern von Moskaus Gnaden einen bisher nie gewesenen Auftrieb verschafft zu haben. Wenn das hier an so bescheidene Verdienst des Herrn Thälmann ausreichte, ihn zum russischen Reitergeneral zu befördern, welchen Rang müssten die Komintern und die KPD Herrn von Papen zuerkennen?

Scherben und Trümmer! Gezwungen durch seine vielgeliebten "aufbauwilligen Kräfte" musste dieses Papenkabinett die jede Rechtsgarantie entbehrenden Sondergerichte einführen, die im Volke den letzten Funken von Vertrauen in die Rechtssprechung und in die Justiz ausgetreten haben. Der Streich gegen Preussen, die Vertreibung von Ministern und Beamten, die willkürliche Neubesetzung der Ämter mit Männern einer patentierten Konjunkturgesinnung, haben den Staats- und Beamtenkörper demoralisiert. Das höchste deutsche Gericht musste der Reichsregierung bescheinigen, dass sie Gesetze und Rechte falsch ausgelegt, unrichtig angewendet und die Verfassung weder gehütet noch gekannt hat. Die Massen der Arbeiter, der Angestellten, der Arbeitslosen und aller Armen fühlen sich um ihre sozialen und politischen Rechte geschmälert und beeinträchtigt und befürchten ihres berechtigten Anteils völlig beraubt zu werden. Nihilistische Staatsfeindschaft droht mit Bürgerkrieg und Vernichtung. Das sind die Erfolge, das ist das "fühlbar wachsende Vertrauen" zu Herrn von Papen, das ist sein "Heiliges Reich", über dessen Zinnen und Türme als Flagge und Wahrzeichen der Zwickel weht!

Wenn jemals die "Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung" im wahren Sinne des Wortes in Deutschland dringender war, dann gegenwärtig, wenige Monate nach dem Regierungsantritt der Papen-Barone, wo wir nichts als Scherben und Trümmer, nichts als wachsende Ungeduld und steigende Erregung sehen. Und was gegenwärtig noch Recht und Gerechtigkeit in Deutschland gäbe, müssten die Barone im Augenblick verschwinden "im Interesse der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung"!

SPD. Die preussische Staatsregierung befasste sich am Freitag nochmals in einer mehrstündigen Sitzung mit dem Leipziger Urteil und den Absichten der Papen-Barone hinsichtlich seiner Durchführung. Amtlich wird dazu mitgeteilt:

Das Preussische Staatsministerium hat bei den in Frage kommenden Reichsstellen die erforderlichen Schritte unternommen, damit im Sinne der Entschei-

ding des Staatsgerichtshofs und im Interesse einer reibungslosen Zusammenarbeit entscheidende Beschlüsse unterbleiben, solange nicht eine vorherige Verhandlung mit den zuständigen Stellen der Landesregierung stattgefunden hat. Hierzu wird die am Sonnabend-Vormittag stattfindende Aussprache beim Herrn Reichspräsidenten die Grundlage bilden."

Eine Verwirklichung der Absichten der Papen-Barone vor der Unterredung Hindenburgs mit Braun hätte diese Unterredung selbstverständlich illusorisch gemacht. In diesem Falle wäre der Staatsgerichtshof sofort um eine neue Entscheidung in Form einer einstweiligen Verfügung gegen die "Verwaltungseinfachung" des Reiches angerufen worden. Ob sich ein derartiger Antrag überhaupt wird vermeiden lassen, ist sehr zweifelhaft und dürfte im wesentlichen von dem Ausgang der am Sonnabend-Mittag um 12 Uhr 15 in den Amtsräumen Hindenburgs beginnenden Besprechung mit dem preussischen Ministerpräsidenten abhängen.

SPD. Liegnitz, 28. Oktober (Eig. Bericht)

Einen eindeutigen Einblick in die "sittlichen Anschauungen" der Führer des sagenhaften "3. Reiches" gab eine Verhandlung vor der Liegnitzer Grossen Strafkammer als Berufungsinstanz.

Am 30. Juni kam vor dem Amtsgericht Jauer das Gut des Nazis Hoppe aus Bersdorf zur Zwangsversteigerung. Hierbei gab der schwerkriegsverletzte nach 15 Jahren entlassene Gutsinspektor Thomas aus Weigelsdorf, der sich mit Hilfe von Verwandten für seine Familie eine neue Existenz schaffen wollte, ein Gebot ab. Er liess sich im Gegensatz zu andern Bietern nicht dadurch einschüchtern, dass vor dem Termin im ganzen Gericht Drohzettel mit dem "Wolfszeichen" angeschlagen worden waren: "Achtung! In Zwangsversteigerung erworbene Höfe gehen in Flammen auf! Wegen Lebensgefahr dürfen keine Gebote abgegeben werden!" Als er nach Hinterlegung der Kautions vom Bietungstisch zurücktrat, sprang der vorbestrafte Landvolk-Gutsbesitzer Walter Otte aus Poischwitz auf ihn zu und versetzte ihm mitten im Gerichtssaal eine furchtbare Ohrfeige. Trotzdem bot Thomas nun das Gut voll aus. Als Thomas, der im Krieg ein Bein verloren hat, das Gerichtsgebäude verlassen hatte, sprang ihm der Nazi-Rittergutsbesitzer Julius König-Westphal aus Klein-Reichen, Kr. Lüben, seines Zeichens Fachberater der NSDAP, nach, beschimpfte ihn in gemeinster Weise und spie ihn auf offener Strasse mehrmals an! Das Liegnitzer Schöffengericht hatte Otte wegen Körperverletzung zu 300 Mark und wegen Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe, König-Westphal wegen öffentlicher Beleidigung zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Dem Beleidigten war ausserdem Publikationsbefugnis zugesprochen worden.

Gegen das Urteil legten Angeklagte und Staatsanwaltschaft Berufung ein. Das Berufungsgericht verwarf die Berufungen der Angeklagten. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde bei Otte die Strafe wegen Körperverletzung von 300 auf 500 Mark erhöht, bei König-Westphal wurde die Strafe wegen Beleidigung von 200 auf 400 Mark erhöht. In der Urteilsbegründung wurde betont, dass das Gericht lange schwankte, ob angesichts der Niederträchtigkeit der Angriffe auf den Kriegsverletzten nicht auf Gefängnis zu erkennen wäre.

SPD. Am Dienstag fällte der Staatsgerichtshof in Leipzig sein Urteil gegen Papen und die Papenstreiche. Die Regierung Braun wurde als rechtmässige preussische Regierung anerkannt. Kaum 48 Stunden später beschlossen die Papen-Kommissare zahlreiche Beamtenbeförderungen. Auch ein Zeichen dafür, wie "loyal" die Papen und Bracht das Urteil des Staatsgerichtshofes durchzuführen gedenken.

Und wer sind die Neuerwählten, die von Papen und Bracht belohnten ebenfalls "überparteilichen" Gesinnungsfreunde? Da finden wir auf der langen Liste einen Herrn Oberregierungsrat von Werder, der als Polizeipräsident nach Bielefeld entsandt wird. Dieser Herr besitzt einen doppelten Befähigungsnachweis. Einmal weil er bis zum 20. Juli der demokratischen Staatspartei angehörte, bis dahin oft und viel auf die wilhelminische Junkerherrschaft geschimpft hat und plötzlich mit den neuen Männern eine neue "überparteiliche" Gesinnung mit schwarz-weiss-rotem Vorzeichen erwarb. In der Nacht der Reichstagsauflösung entsandte dieser Herr von Werder in das Reichstagsgebäude Polizei, die angeblich nach Bomben suchen sollte, in Wahrheit aber, um seinen Auftraggebern zu zeigen, dass er zu jeder Aufgabe brauchbar ist. Später verurteilte der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages die Verletzung der parlamentarischen Immunität und das Vorgehen des Herrn von Werder. Von Herrn Bracht wurde in diesem Beschluss die Bestrafung dieses Beamten verlangt, der die Gesetze missachtet und seine Partei und Gesinnung ebenso schnell gewechselt hat, wie ein schmutziges Hemd. Die Antwort der "autoritären Regierung" ist die Beförderung zum Polizeipräsidenten einer Arbeiterstadt wie Bielefeld, in der der Herrenklub ganz besonders beliebt zu sein scheint.

Vor Herrn von Werder wurde kürzlich ein Beamter des Finanzministeriums, Herr Landfried, in den Rang eines Ministerialdirektors erhoben, weil er seinen neuen Herren ähnlich treue Dienste geleitet hat, wie jener Diets, der seinen früheren preussischen Vorgesetzten falsche Gespräche in den Mund gelegt und sie falscher Absichten denunziert hat, um einen roten Rock zu verdienen. Er hat ihn erhalten. Landfried, der allen Finanzmassnahmen seiner Minister freudig zustimmte, hat nach der Amtsenthebung der Regierung Braun den neuen Herren das "Material" geliefert, mit dem Hugenberg jetzt hausieren geht und mit dem Klepper Korruption vorgeworfen wurde.

In Schmalkalden hingegen sitzt ein Landrat Kolb, der sein Hemd und seine Gesinnung nicht gewechselt hat. Er brauchte es auch nicht, denn seine Kenntnisse und Fähigkeiten sind unbestritten. Aber er ist Sozialdemokrat und deshalb wurde er in den Ruhestand versetzt, obwohl sämtliche Bürgermeister des Kreises im Auftrage der Bevölkerung die Preussenkommissare mehrfach und dringend gebeten haben, diesen Landrat dem Kreise zu erhalten. Nutzt nichts, er ist gegangen worden, trotzdem er sich während der Ruhrbesetzung und anderswo grosse staatspolitische Verdienste erworben hat.

Das ist die neue glorreiche Staatsführung der "christlich-konservativen" und "überparteilichen" Papenheimer!!

SPD. München, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)
Die für Sonnabend angekündigte Teilverwirklichung einer Personalunion zwischen Reich und Preussen hat in Bayern ausserordentliche Beunruhigung hervorgerufen. Nach Auffassung der bayerischen Regierung steht die Ernennung von Reichsministern ohne Portefeuille, die zugleich führende Stellungen in Preussen übernehmen sollen, in offenem Widerspruch zur Reichsverfassung.

Man verweist in bayerischen Regierungskreisen besonders auf Artikel 17 der Reichsverfassung und auf die jüngste Entscheidung des Staatsgerichtshofs, die klar und unzweideutig die Rechtsauffassung vertritt, dass eine Landesregierung im ganzen oder im einzelnen nicht einfach durch Reichsorgane ersetzt werden kann. Die im Artikel 17 ausgesprochene Bildung der Landesregierung von der Volksvertretung verbietet ausserdem alle Massnahmen, die unter vollkommener Ausschaltung der Willensmeinung der Volksvertretung auf eine grundsätzliche Veränderung der Struktur der Landesregierung abzielen. Diese Vorschrift schiebt also der Ausführung der geplanten Absicht der Reichsregierung gegen Preussen einen festen Riegel vor, der nur gegen das Recht und gegen die Verfassung gebrochen werden kann. Wenn die Regierung Papen vor diesem

Vorstoss gegen die durch die Verfassung garantierten Hoheitsrechte des Landes Preussen nicht zurückschrecken sollte, so werde Bayern selbstverständlich mit aller Entschiedenheit dagegen Front machen.

In scharfer Polemik verurteilt die "Bayerische Volkspartei-Korrespondenz" das neuste Experiment des Herrn von Papen, dem sie vorwirft, dass seine praktische Politik in schroffstem Widerspruch zu den von ihm verkündeten Grundsätzen einer konservativen Staatsführung stehe, weil er die politische Macht mit revolutionären Methoden über die Rechte setze. Wörtlich schreibt das offiziöse Organ der bayerischen Regierung: "Wenn die Reichsregierung der Versuchung unterliegen sollte, Massnahmen zu ergreifen, die diktatorisch in das grundsätzliche Verhältnis zwischen Reich und Ländern eingreifen, so müsste ihr in Bayern der schärfste Gegner entstehen. Wir können es hier im Süden Deutschlands unter gar keinen Umständen zulassen, dass die Reichsverfassung auf diesem Weg entscheidend umgestaltet werde, dass man die Länder einfach für rechtlos erklärt und die Faktoren der Gesetzgebung glatt ausschaltet. Bayern kann nicht ruhig zusehen, dass im Norden Provisorien vorgenommen werden, mit dem Hintergedanken, feste und bleibende Tatsachen zu schaffen. Eine Behandlung der preussischen Frage ohne eine gleichzeitige Behandlung des Problems Preussen und ausserpreussisches Deutschland wird gleichbedeutend mit einer Ausschaltung des deutschen Südens von der Gestaltung des Schicksals des Reiches. Der deutsche Süden muss sich ganz auf seine eigene Kraft besinnen und in der Stunde der Gefahr zu handeln wissen, nicht als ein Revolutionär gegen das Reich, sondern als ein Kämpfer für Recht und Gerechtigkeit in deutschen Landen."

SPD. Halle, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Schwurgericht in Naumburg verurteilte den der Eisernen Front angehörenden Hellmut Fritz zu drei Jahren Gefängnis.

Fritz, ein jugendlicher Arbeiter aus Zeitz, war am 1. Juni mit einer Freundin auf dem Heimweg und wurde von 40 - 50 Nazistrolchen überfallen und geschlagen. Da er keine Hilfe sah, ergriff er die Flucht. Vier Nazis verfolgten ihn und als Fritz vor Erschöpfung nicht mehr laufen konnte, blieb er stehen und zog sein Taschenmesser. Einer der Verfolger erhielt von dem in Notwehr handelnden jungen Arbeiter einen Stich. Vier Wochen später ist der verwundete Angreifer gestorben. Der Staatsanwalt hatte wegen Körperverletzung mit Todeserfolg zwei Jahre Gefängnis beantragt. Selbst der Nazianwalt war ob der ganzen Sachlage verwundert über die Höhe der Strafe.

SPD. Chemnitz, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der vor einigen Tagen an Vergiftung gestorbene Wehrwolfangehörige Hennemeyer hat Selbstmord begangen. Die Untersuchung des anfangs mysteriösen Todes von Hennemeyer ergab, dass er sich von einem Kameraden und Mediziner Cyankali besorgen liess, das er, in Pralinen gefüllt, zu sich nahm.

Von der Rechtspresse war behauptet worden, Hennemeyer sei von einem Kommunisten vergiftet worden, gegen den er in einem Meineidsprozess als Hauptbelastungszeuge auftreten sollte.

SPD. In einem Teil der Presse werden Mutmassungen über Erklärungen verbreitet, die der preussische Ministerpräsident Otto Braun angeblich am Sonnabend gegenüber dem Reichspräsidenten abzugeben gedenkt. Alle diese Mutmassungen beruhen auf Kombinationen.

Sollte im Verlauf der Besprechungen der Versuch unternommen werden, Beschlüsse des Reichskabinetts, die eine neue Brückierung Preussens bedeuten, der preussischen Staatsregierung im Diktatweg aufzuzwingen, so würde damit das Scheitern einer Verständigung durch die Machtansprüche des Kabinetts der Barone festgestellt sein.

Aus den Kreisen der Reichsregierung wird eifrig darauf hingewiesen, dass Ministerpräsident Otto Braun seinerzeit selbst eine Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preussen im Sinne der Reichsreform zu fördern gesucht habe. Aber das, was heute die Barone wollen, die Errichtung einer Herrschaft ostelbischer Junker in Reich und Preussen, hat mit wirklicher Reichsreform nichts zu tun. Ein Einverständnis mit solchen Plänen lehnt die preussische Staatsregierung selbstverständlich ab.

Ernsthafte Pläne zur Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preussen sind nur zu verwirklichen durch wirkliche und loyale Verhandlungen des Reichs mit der rechtmässigen preussischen Regierung. Solche Verhandlungen könnte die preussische Staatsregierung nur führen, wenn sie voll im Besitze ihrer Amtsbefugnisse ist.

+ + +

Der Reichspräsident empfing am Freitag-Nachmittag den Reichskanzler von Papen zum Vortrag. Über diesen Empfang schweigen sich die Papen-Barone ebenso aus, wie über ihre Beschlüsse, die wahrscheinlich in der Unterredung des Herrn von Papen bei Hindenburg besprochen wurden.

SPD. Paris, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die grosse Debatte über die französische Abrüstungspolitik wurde am Freitag-Nachmittag in der Kammer mit einer Rede des jungen Abgeordneten Chasseigne von der Fraktion der Arbeitereinheit eingeleitet. Chasseigne kritisierte die Abrüstungs- und die Aussenpolitik der bisherigen Rechtsregierungen und erklärte, sie seien zum grossen Teil verantwortlich für die Entwicklung des Nationalsozialismus und des Nationalismus in Deutschland. Aber auch die Regierung Herriot habe es an Mut fehlen lassen. Wenn sie am ersten Tage den Hoover-Plan angenommen hätte, dann wäre das für den Weltfrieden eine grosse Geste gewesen.

Als zweiter Interpellant sprach Léon Blum, dessen sehr diplomatisch formulierte Rede mit grosser Aufmerksamkeit angehört und oft durch stürmischen Beifall der Linken unterbrochen wurde. Blum ging von der deutschen Gleichberechtigungsforderung aus und erklärte, die Sozialisten seien der Ansicht, dass diese Forderung im Prinzip berechtigt sei. Es handele sich dabei um ein politisches und moralisches Prinzip, aber nicht um ein juristisches. Er, der Redner, betrachte einen Friedensvertrag nicht als einen Kontrakt, weil ihm die freie Zustimmung der einen Partei fehle. Aber ein grosser Staat und gar eine Gruppe von Staaten könnten nicht bis ins Unendliche der Ungleichheit unterworfen werden, wie sie in dem Versailler Vertrag festgelegt sei. Diese Situation sei auch in dem Vertrag begrenzt worden, indem den anderen Staaten gleichfalls die Verpflichtung zur Abrüstung auferlegt worden sei. Dass diese Verpflichtung von Frankreich ernst genommen worden sei, beweise die Tatsache, dass einen Tag nach der Ratifizierung des Versailler Vertrags, nämlich am 3. Oktober 1919, die Kammer einstimmig einen Antrag Renaudel und Albert Thomas angenommen habe, in dem die Regierung aufgefordert worden sei, die sofortige Einberufung des Völkerbundes zu veranlassen und ihren Delegierten den Auftrag

zu erteilen, dem Völkerbund alle Massnahmen vorzuschlagen, die zu einer allgemeinen Abrüstung führen können. Selbst Clemenceau habe diesem Antrag zu gestimmt, der am folgenden Tag auch vom Senat einstimmig angenommen worden sei. Das Prinzip der Gleichheit sei also begründet. Andererseits würden es die Sozialisten nicht zulassen, dass die Forderung nach Gleichberechtigung die Wiederaufrüstung Deutschlands zur Folge habe. (Beifall links.) Die Wiederaufrüstung sei nur durch ein einziges Mittel zu verhindern, durch die allgemeine Abrüstung, d.h. durch die Einhaltung der in Versailles übernommenen Verpflichtung mit dem Endziel, die Gleichheit in der Abrüstung zu sichern. Die Sozialisten verschlossen nicht die Augen vor den Fehlern, die von allen Staaten begangen worden sind und besonders von Frankreich. (Lärm rechts.) Die französische Regierung hätte der Reichsregierung viele Argumente für ihre Forderung gegeben, so z.B. durch das Prinzip der Sicherheit. Deutschland habe das gleiche Recht auf eine materielle Sicherheit wie alle anderen Staaten. (Beifall links.) Es scheine, dass die Forderungen der Sozialisten von der gegenwärtigen Regierung im grossen und ganzen gebilligt werden. Die Gleichberechtigungsforderung Deutschlands sei vom Ministerpräsidenten in seiner Rede von Gramat anerkannt worden, auch die Wiederaufrüstung Deutschlands habe der Ministerpräsident abgelehnt und die Regierung sehe die allgemeine Abrüstung als das Ziel ihrer Politik an. Darin bestehe auch Einigkeit mit England und Amerika. Was bleibe also zu tun übrig: Die Bestätigung dieser Einigkeit in dem neuen französischen Plan. Man habe fürchten können, dass die rechtzeitige Einbringung des Plans durch Einflüsse (Anspielung auf die Haltung des Generals Weygand) verhindert werde, von denen das republikanische Parlament nicht Kenntnis zu nehmen habe; (Grosser Beifall auf der gesamten Linken.)

Herriot: Das ist nicht der Fall. Der Plan wird in Genf mitgeteilt werden. In der regelrechtsten Weise ist über ihn beraten worden. Jedes Mitglied der Studienkommission hat unter der Autorität des verantwortlichen Regierungschefs seine Meinung frei äussern können. Aber es hat keinen Konflikt gegeben. Jeder hat auf seinem Platz seine Pflicht erfüllt. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Blum erklärte darauf, er habe nur seiner patriotischen Angst Ausdruck geben wollen, (Lärm rechts.) aber er nehme mit Genugtuung von den Erklärungen Herriots Kenntnis. Der Wunsch der Sozialisten sei es, dass der französische Plan durch seine Einfachheit und seine Stärke den Erfolg der Abrüstungskonferenz sichert und dass er den begeisterten Beifall aller Völker findet. (Grosser Beifall links.) Die Sozialisten wünschten, dass dieser Plan die Reichsregierung dazu zwingen, ihn zu billigen, oder dass er, falls die Reichsregierung ihre Zustimmung versage, die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen die Reaktion und das Feudalsystem in Deutschland zusammenschare. (Grosser Beifall links.) Die Abrüstung sei aber nicht die einzige Bedingung für den Frieden. Sie müsse durch die Schiedsgerichtsbarkeit ergänzt werden. Man sage immer, es seien neue Sicherheitsargumente notwendig. So sei seit einigen Jahren ein wahrer Wettlauf um die Sicherheit im Gange. Für die Sozialisten sei aber der gegenwärtige Stand der Sicherheit Frankreichs, so wie er sich aus dem Völkerbundspakt, aus dem Locarno-Abkommen und dem Kellogg-Pakt ergebe, hinreichend. Man habe aber alles getan, um den Wert des Locarno-Abkommens zu vermindern. Statt zu sagen, dass die Unterschrift Englands für Frankreich ein gutes Sicherheitspfand sei, habe man das Gegenteil getan. Wenn jetzt in England dem Locarno-Abkommen keine grosse Bedeutung mehr beigelegt werden sollte, dann sei das die Schuld derjenigen (zur Rechten gewandt), die den Wert der englischen Unterschrift angezweifelt haben.

Herriot: Wenn ich nicht an den Wert von Locarno und die Unterschrift Englands geglaubt hätte, würde ich den neuen Abrüstungsplan nicht ausgearbeitet haben.

Blum erklärte weiter, er glaube nicht, dass die Widerstandskraft der Demokratie in Deutschland völlig gebrochen sei. Man habe sich in Frankreich

über das stille Verhalten der Arbeit erklasse bei der Durchführung des Staatsstreichs in Preussen gewundert. Die Führer der deutschen Sozialdemokratie hätten es aber nicht riskieren wollen, die Arbeiterklasse in einen Kampf gegen Reichswehr, Schupo und die Hitler-Armee zu hetzen. Er, Blum, bewundere die Laute, die von ihrem ruhigen Posten aus die Haltung der deutschen Arbeiterschaft kritisieren. (Beifall links.) Das Verhalten der Sozialdemokratie habe bereits das Ziel erreicht, dass Hitler nicht an die Macht gekommen sei. Bei den nächsten Wahlen werde man sehen, dass ihre Kraft intakt geblieben ist. Er stelle auch fest, dass das Urteil des Leipziger Gerichts eine Rechtfertigung der Haltung der Sozialdemokratie ist. Herriot beschwerte sich oft darüber, er habe eine ernste und tragische Verantwortung zu tragen. Aber es müsse für ihn erhebend sein, dass das Schicksal des Friedens und Europas in seinen Händen liege. Das Volk erwarte von ihm, dass er sich seiner Verantwortung bewusst sei. Es werde nicht zulassen, dass es getäuscht werde und daß Herriot ihm untreu werde. (Grosser Beifall links.)

Blum wurde beim Verlassen der Tribüne von zahlreichen Abgeordneten beglückwünscht.

SPD. Vor dem "Verein Berliner Presse" hielt der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl am Freitag-Abend eine hochpolitische Rede, in der die Schleier über die Verfassungsreformpläne der Barone etwas gelüftet wurden. Der Innen- und Verfassungs-Minister, sprach zwar sanft und zwar wie ein Lamm, aber die wenigen Krallen, die er ab und zu vorstreckte, zeigten, dass das Kabinett der Barone einem Raubtier gleich auf dem Sprunge ist, der Verfassung von Weimar den Garaus zu machen. Allein die Ankündigung, das Wahlalter um 5 Jahre heraufzusetzen und die Einführung eines Pluralwahlrechtes, die Einschiebung eines Herrenhauses zwischen Parlament und Regierung sowie die angekündigte Ungebundenheit einer Reichsregierung von jedem Vertrauensvotum des Parlaments, allein diese Pläne sind geeignet, dem Deutschen Volke eindringlich klar zu machen, was bei der Wahl vom 6. November auf dem Spiele steht.

+ + +

Im einzelnen erklärte Herr v. Gayl, es sei heute noch nicht der gegebene Augenblick, umstürzende Neuerungen im Aufbau des Staates herbeizuführen. Das Kabinett verzichte daher bewusst darauf, etwas völlig Neues anstelle der gegenwärtigen Einrichtungen zu setzen. Nicht Neubau, sondern Ausbau des Staates ist das Ziel. Er, von Gayl, sei zwar grundsätzlicher Anhänger des monarchischen Systems. Aber mit Ernst und Nachdruck lehne er es ab, eine Änderung der Staatsform zu erwägen. Ebenso lehne er einen Einheitsstaat ab und bekenne sich zu dem Bundesstaat. Auch eine Neueinteilung des Reiches in neue Länder oder Reichsprovinzen komme nicht in Frage. Selbst die Bereinigung der zahlreichen Enklaven auf der Landkarte Deutschlands sei keine vordringliche Angelegenheit. Die Verwaltung der kleinen Länder sei zwar kostspielig, aber dies bedeute mehr einen Schönheitsfehler als einen schweren Mangel. Jede Vergewaltigung eines Landes oder Landesteiles lehne die Regierung ab. Nur das Verhältnis zwischen Preussen und Reich bedürfe einer Neuordnung. Im alten Bismarck'schen Reich sei Preussen die verfassungsmässige Präsidialmacht gewesen. Die Weimarer Verfassung habe diesen Zustand beseitigt. Entsprechend dem bundesstaatlichen Charakter des Gesamtreiches solle aber die Eigenstaatlichkeit Preussens nicht weiter angetastet werden, als es das Reichsinteresse erfordere.

Inbezug auf das Urteil des Staatsgerichtshofes erklärte der Reichsinnenminister: Aus der Konstruktion der Weimarer Verfassung hat der Staatsgerichtshof juristische Folgerungen gezogen und eine Lösung versucht, die sehr schwer durchführbar ist und den Keim zu neuen unfruchtbaren Auseinandersetzungen in sich trägt. Das Urteil weist aber darauf hin, dass der Herr Reichspräsident unter bestimmten Voraussetzungen Massregeln treffen kann zur Erzielung einer

einheitlichen Politik im Reich und in Preussen. Unter diesen Verhältnissen hat die Reichsregierung die doppelte Pflicht, sowohl den in Preussen beschrittenen Weg folgerichtig und ohne Schwanken weiterzugehen, als auch alle Kraft daran zu setzen, die Reichs- und Verfassungs-Reform rasch zu einer gedeihlichen Lösung zu führen. Preussen soll seine Eigenstaatlichkeit nicht aufgeben, aber es soll als einziges deutsches Land in ein engeres Verhältnis zum Reich treten. Seine eigenstaatliche Willensbildung gegenüber dem Reich soll nicht ausgeschaltet, sondern so organisiert werden, dass Meinungsverschiedenheiten einen brauchbaren Ausgleich von Kabinett zu Kabinett finden. Die übrigen Länder sind dabei vor einer Majorisierung und sonstiger Benachteiligung zu schützen.

Der Reichsinnenminister fuhr dann fort: Die Entwicklung seit Weimar hat zu einer übertriebenen Zentralisation vieler Verwaltungszweige in Berlin geführt. Die bisherigen Reichsinstanzen waren bestrebt, alle Materien allmählich an sich zu ziehen. Notwendig ist aber eine starke Verlagerung der Aufgaben auf Länder und Gemeinden sowie eine Änderung des Finanzausgleichs, damit Länder und Gemeinden wieder die Aufgaben selbständig durchführen können, zu deren Erfüllung bisher Mittel vom Reich erbeten werden mussten. Damit ist bereits die Vereinfachung der gesamten Reichsverwaltung angedeutet. Die Vorarbeiten für die Aufhebung entbehrlich werdender Reichsbehörden sind abgeschlossen. In Kürze werden die Änderungen bekanntgegeben. Sie beziehen sich zunächst auf einen Abbau entbehrlicher Behörden der Finanz- und Post-Verwaltung und der Sozialbehörden!

Unsere Pflicht gebietet aber auch, die Mängel der Verfassung zu beseitigen. Der Parlamentarismus ist überspitzt und wichtige Entscheidungen können von einer Zufallsmehrheit abhängen. Hier muss eine Sicherung eingebaut werden. Sie kann im Ausbau der Rechte des Reichsrates oder im Einbau einer berufsständigen Kammer in die Konstruktion der Volksvertretung oder in einer Mischung von beiden bestehen. Die Vorarbeiten sind aber zu dieser Reform noch nicht ganz abgeschlossen. Durch Abänderung des Artikels 54 der Reichsverfassung soll der Gedanke einer gesicherten, vom Parteigetriebe unabhängigen Regierungsgewalt durchgesetzt werden. Aber das Recht des Reichstags soll nicht unnötig eingeengt werden. Eine Reform in dieser Richtung ist das beste Mittel zur Vermeidung von Reichstagsauflösungen. Das allgemeine, gleiche und geheime direkte Wahlrecht für Männer und Frauen soll bestehen bleiben. Wir halten es aber für wichtig, das aktive und passive Wahlalter um etwa 5 Jahre heraufzusetzen und den selbständigen Familiernährer, gleichviel, ob Mann oder Frau und den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme zu gewähren. Das Listenwahlrecht soll beseitigt und das Auftreten kleiner Splitterparteien unmöglich gemacht werden. Länder und Volksvertretung werden hoffentlich diese Reformen nicht nur theoretisch anerkennen, sondern auch ehrlich mitarbeiten. Darüber kann kein Zweifel herrschen, dass die Reichsregierung ihre klar erkannte Pflicht zur Reform niemals aufgeben wird."

SPD. Koblenz, 28. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Huldigungstelegramm der Koblenzer Sollmann-Versammlung an den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun, dessen Zustellung zunächst aus irgendwelchen staatsgefährlichen Gründen verboten worden war, ist dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun auf Veranlassung des Reichspostministers nunmehr zugestellt worden.

+ + +
In der betreffenden Versammlung wandte sich der Abgeordnete Sollmann ausserordentlich scharf gegen Papen. Er führte u.a. aus:

"Dem Reichskanzler von Papen ist es vorbehalten geblieben, das ätzende

Gift der Verunglimpfung zwischen Reichskanzler und Opposition spritzen zu lassen. Das fing an mit der Art, wie Braun und Severing des Amtes entsetzt wurden. Sie war bewusst mit persönlichen Würdelosigkeiten für die Betroffenen verbunden. Wir werden schon aus diesen Gründen den 20. Juli dem Reichskanzler nie und nimmer vergessen. Dafür wird mit dem Verantwortlichen noch abzurechnen sein. Unser Gedächtnis ist gut und unser Wille ist fest. Vor dem Leipziger Staatsgerichtshof folgte dann die Kennzeichnung unseres Führers Bra als eines vor allem auf sein Ministergehalt bedachten Mannes. Erst als diese elende Verdächtigung aus dem Munde eines hohen Reichsbeamten durch die ganze Welt gegangen war, kam der Rückzug. Herr von Papen selbst hat aber sich vor den Berliner Handwerkern herausgenommen, in verletzenden Worten und in entsprechendem Tone der Verachtung über die Arbeit der Parteien in den letzten 1 1/2 Jahren, und über die "Parteibürokratie" zu sprechen. Er hat uns in unmissverständlichen Worten Mandats- und Postenjägerei vorgeworfen. Die rheinische Sozialdemokratie ist nicht gewillt, sich eine solche Kampfweise des Herrn Reichskanzlers länger bieten zu lassen. Keine Bedrohung und keine Rücksicht auf unser persönliches Schicksal wird uns hindern, diesen Reichskanzler von nun an mit der Schärfe anzufassen, die er herausfordert. Männer, die seit 30 Jahren im öffentlichen Leben stehen und oft genug ihre Existenz für ihre Ueberzeugung aufs Spiel gesetzt haben, können sich verbitten, dass Herr von Papen, von dem solche Opfer und solche Treue bisher nicht bekannt geworden sind, ihre Motive herabwürdigt."

SPD. Der Preussenreformplan der von Papen geführten Herrenregierung sieht u.a. eine Auflösung des preussischen Wohlfahrtsministeriums vor. Ein Wohlfahrtsministerium ist natürlich nicht nach dem Geschmack der Herren, die den Abbau des Wohlfahrtsstaates auf ihrem Banner stehen haben. Herr von Papen lässt sich zwar, wie er immer wieder versichert, "von niemand in sozialer Gesinnung übertreffen", aber ein Wohlfahrtsministerium erscheint ihm überflüssig.

Wohlfahrt? Wohlfahrtsministerium? Was macht dieses Ministerium eigentlich? So fragen schon lange alle, die von der Arbeit eines Wohlfahrtsministeriums keine Ahnung haben. Ärzte, Geistliche, Bevölkerungspolitiker, Sozialpolitiker, Krankenschwestern, Hebammen, Pioniere sozialer Fürsorge für Jugend und Alter - kurzum Leute, die in die Abgründe materieller und seelischer Not geblickt haben und deshalb auch ein Herz haben für die am Wegrand zusammengebrochenen Opfer einer sehr falschen Gesellschaftsordnung, die wissen die Arbeit eines Wohlfahrtsministeriums sehr wohl zu schätzen. Für feine Leute dagegen ist ein Wohlfahrtsministerium eine höchst problematische Einrichtung. Wohlfahrtsministerium - das riecht für sie nach Politik für arme Leute, und Armeleutegeruch ist nun einmal nichts für feine Nasen.

Und also wird in Preussen die Wohlfahrt von entswegen abgeschafft. So will's der neue Kurs. Herrenreiter sind eben keine Bettelmönche, und für sie ist auch die Geschichte vom Barmherzigen Samaritan wohl kaum die richtige Lektüre. Wer nie sein Brot mit Tränen ass, der hat - auch für ein Wohlfahrtsministerium nichts übrig.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Am 6. November werdet Ihr wieder Euer höchstes Staatsbürgerrecht ausüben. Dieses Recht ist in Gefahr. Wenn die Reaktion siegt, kann es das letzte Mal sein, dass ein neuer Reichstag nach dem freien Wahlrecht gewählt wird, das die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach dem Sturz des alten Kaiserstaates für sich und das deutsche Volk errungen hat. Der Ausfall dieser Wahl wird es entscheiden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt Jahrzehnte einer harten politischen Schule hinter Euch. Ihr werdet mit klarem Blick die ungeheuren Gefahren erkennen, die sich hinter den staatspolitischen Plänen der jetzigen Regierung verbergen.

Eure Freiheitsrechte, in einer langen ruhmreichen Geschichte erkämpft, sind aufs äusserste bedroht. Euer Kampf um die politische Macht ist in ein entscheidendes Stadium getreten.

Die politische Macht der Arbeiterklasse ist der Schlüssel zum Umbau der Wirtschaft, wie die Gewerkschaften ihn fordern.

Ein freies Deutschland kann nur ein sozialistisches Deutschland sein.

Die Souveränität des deutschen Volkes unter den Weltmächten hat zur Voraussetzung, dass das Volk auch über sein innenpolitisches Schicksal souverän entscheidet.

Kein Volk ist frei, dessen Arbeiterschaft zur Unfreiheit, zur Hörigkeit verdammt ist.

Kämpft für Eure Freiheit!

Zeigt allen Gegnern am 6. November, dass Euer Wille zur politischen Macht ungebrochen ist.

Gebt Eure Stimmen der politischen Partei, die allein die Rechte und die Freiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wahrhaft vertritt.

Alle Stimmen für die Sozialdemokratie!

Berlin, 24. Oktober 1932.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen
Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der 6. November.

Von Th. Leipart.

Seit einem halben Jahre ist die Verfassung von Weimar praktisch ausser Kraft. Sie wird "geschützt", aber in ihren entscheidenden Teilen nicht mehr angewendet. Sie soll "reformiert" werden, aber nicht aus ihrem Geiste. Der Geist der Weimarer Verfassung ist verbannt, er soll unterdrückt werden. Und das alles aus der angeblichen Vollmacht eines Artikels dieser Verfassung, des Artikels 48.

Die Staatsgewalt geht nicht mehr vom Volke aus, sondern vom Reichspräsidenten. Das Volk ist nicht mehr souverän. Souverän ist heute der Reichspräsident. Der Reichspräsident ist zwar von der Mehrheit des Volkes in sein Amt berufen. Aber die Regierung des Reiches, die er eingesetzt hat, regiert gegen den Willen der Mehrheit des Volkes.

Die Reichsregierung beruft sich bei jeder Gelegenheit auf überirdische Kräfte als Quelle ihres Rechts gegen das Volk. Sie treibt "Politik aus dem Glauben". Das Volk aber teilt diesen Glauben nicht und missbilligt diese Po-

litik. Die Regierung zieht aus dieser Tatsache nicht die einzig mögliche Folgerung, schleunigst abzutreten. Sie bleibt und will noch jahrelang im Amt bleiben. Ihre Berufung auf den Glauben ist nichts als die politische Begründung dieser Willkür, sie ist eine überhebliche Selbstvergötterung. Das aber ist Missbrauch des Glaubens aus Politik.

Die Reichsregierung will eine "autoritäre Regierung" sein. Aber es gibt nur eine dauerhafte Grundlage der Autorität, das Vertrauen des Volkes.

Dieses Vertrauen fehlt. Es fehlt in allen Schichten des Volkes, ausser bei jenen, die die Souveränität des Volkes verneinen, die sein unveräusserliches Recht, aus eigenem Urteil zu bestimmen, wie und von wem es regiert werden will, ein für allemal beseitigen wollen.

Politik wird nicht durch den Glauben gerechtfertigt, sondern durch Taten. Die Taten dieser Regierung zeugen wider ihren Glauben. Ihre Pläne bekunden eindeutig ihren Willen, die Staatsgewalt dem Volke zu entreissen.

Die lebendige Einheit von Volk und Staat, durch die Wirkungen der Krise, durch die Folgen einer verhängnisvollen Politik ohnehin geschwächt, soll vollends zerrissen werden. Obrigkeitsstaat und Untertanenvolk: das ist das staatspolitische Ziel dieser Regierung, das ist die Quintessenz ihrer Verfassungsreform.

Aus diesem Geist bürokratischer Diktatur handelt sie schon heute. Sie befragt das Volk, aber sie missachtet seine Antwort. Sie rühmt sich ihrer Unabhängigkeit von den Parteien, sie nennt sich "überparteilich". Aber diese angebliche Ueberparteilichkeit ist nur eine Ausflucht. Sie muss zu dieser Ausflucht greifen, weil sie in keiner der grossen Parteien, die Träger des Volkswillens sind, Anhänger besitzt.

Ihre parteipolitische Unabhängigkeit existiert trotzdem nur in ihrer eigenen Einbildung. Der Beifall der Deutschnationalen beweist, wo sie ihre Anhänger sucht und findet. Sie stützt sich auf die Grossagrarien, auf die Schwerindustriellen, die ehemaligen Prinzen, die Fürsten und den Adel. Sie liebt Hügelt mit den Monarchisten und umwirbt die grossen Interessenten. Das ist ihr neues Prinzip konservativer Staatsführung.

Der Reichskanzler wirbt für seine Politik auf den Tagungen der Industriellen und Agrarier. Die einen sucht er durch Steuergutscheine und Prämien für sich zu gewinnen, die anderen durch Kontingente und Zölle, die einen wie die anderen durch Subventionen. Der Reichskanzler weiss recht gut, warum er nicht vor den Arbeitern, vor den Gewerkschaften redet. An Gelegenheiten hätte es nicht gefehlt, wenn er selbst den Wunsch verspürte. Die öffentliche Kundgebung der Gewerkschaften am 18. Oktober hätte ihm die Möglichkeit geboten, den Versuch zu unternehmen, seine arbeiterfeindliche, widerspruchsvolle Politik vor diesem Forum zu begründen. Aber für die Arbeiter hat der Reichskanzler keine Prämien, keine Steuergutscheine, keine Vergünstigungen, keine Versprechungen in der Tasche. Er hätte mit leeren Händen vor sie hinstreten und sich rechtfertigen müssen, wie er es "vor Gott und der Nation" begründen will, dass die Arbeiter durch jede seiner Notverordnungen mehr entrechtet und tiefer ins Elend gestossen werden. Es wäre ihm nicht gelungen. Denn für diese Politik gibt es keine Rechtfertigung.

In Ministerreden wird von "überlebten Wirtschaftsformen oder unhaltbaren Besitzverhältnissen" geredet, aber es wird nichts an ihnen geändert. Die Wirtschaftspolitik dieser Regierung dient der Erhaltung der überlebten Wirtschaftsformen, der Festigung unhaltbarer Besitzverhältnisse, der Unterhöhlung der Volksrechte, der Stabilisierung der Klassenherrschaft der Besitzenden.

Mit anderen Worten: Diese Wirtschaftspolitik ist nur ein Glied in dem grösseren Zusammenhang der staatspolitischen Pläne der Reichsregierung. Eben darin besteht ihre Gefahr. Denn diese Pläne sind bestimmt durch eine Auffassung von der sozialen Lebensordnung des Volkes, die in schroffem, feindlichen Gegensatz zu den sozialen Anschauungen, zu den staatspolitischen Zielen der

deutschen Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften, wie der Sozialdemokratie steht. Die Regierung findet nicht umsonst ihre Gefolgschaft bei den Anhängern des radikalen Rückschritts, bei den Vorkämpfern des Obrigkeitsstaates, in jene Kreise, die mit der Hoffnung auf dauernde Erhaltung ihrer Besitzvorrechte den Willen verbinden, die Grundlagen des sozialen Volksstaates ganz zu zerstören und das freie Volk wieder unter die Botmässigkeit volksfremder Gewalt zu stellen.

Die gegenwärtige Reichsregierung ist der Repräsentant dieser wahrhaft volksfeindlichen Kräfte. Wäre sie es nicht, sie wäre nicht auf den Gedanken gekommen, ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm mit politischen Massnahmen zu verkoppeln, die die Grundlagen des deutschen Arbeitsrechts erschüttern, das in Wahrheit das Freiheitsrecht der deutschen Arbeiterschaft ist, aus ihrem Geiste geboren und unter harten Opfern erkämpft. Dieses Freiheitsrecht ist das Wahrzeichen eines neuen Deutschland, in dem die Arbeiterschaft entsprechend ihrer geschichtlichen Leistung für das Volk, als gleichberechtigtes Glied im Ganzen der Nation ihre erste Anerkennung fand. Eine Regierung, die dieses Recht angreift, ist ein Feind der Freiheit der deutschen Arbeiterschaft, sie gefährdet die innere Freiheit, das soziale Selbstbestimmungsrecht der werktätigen Schichten der Nation, sie ist eine Regierung wider das Volk.

Die deutsche Arbeiterschaft kann und wird der Regierung auf diesem Wege nicht folgen. Ihr staatspolitisches Ziel ist ein freies, ein sozialistisches Deutschland. Um dieses Zieles willen hat sie seit Jahrzehnten den Kampf um die politische Macht geführt. Sie weiss, dass in diesem Kampf Rückschläge nicht ausbleiben können. Aber sie weiss auch aus der Erfahrung eines Jahrhunderts, dass die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie auf die Dauer mit jedem ihrer Gegner fertig geworden sind, weil auf ihrer Seite das lebendige Recht der inneren Freiheit unseres Volkes war.

Die deutsche Arbeiterschaft wird daher den Kampf um die politische Macht mit ungebrochener Energie aufnehmen. Der Geist der unerbittlichen und folgerichtigen Gegnerschaft gegen den Kapitalismus, der die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung beseelt, breitet sich aus bis weit hinein in die Reihen der Parteien und Verbände, die heute noch, verblendet von den Lehren falscher Propheten, politische Gegner der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sind. Dieser Antikapitalismus von heute wird der Sozialismus von morgen sein, wenn die deutschen Arbeiter ihren alten Fahnen treu bleiben und ihre Millionen und aber Millionen Stimmen am 6. November wie in den kommenden Kämpfen geschlossen einsetzen, um den sozialen deutschen Volksstaat auf dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft, auf der politischen Macht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie aufzubauen.

SPD. Köln, 28. Okt. (Eig. Drahtb.)

Das sozialdemokratische Organ in Oberstein, der Nahetal-Bote, ist von dem kommissarischen Regierungspräsidenten im Landesteil Birkenfeld auf 14 Tage bis zum 11. November einschliesslich verboten worden. Der Nahetalbote soll den leitenden Beamten des Landesteils Birkenfeld, den Nazi-Staatskommissar Herbert Wild, böswillig verächtlich gemacht haben. Wild ist als Staatskommissar für den Landesteil Birkenfeld anstelle des vor einigen Tagen grundlos abgesetzten früheren Regierungspräsidenten Dörr von der oldenburgischen Naziregierung eingesetzt worden.

Aus aller Welt

Amerikanischer Wahlherbst.

Farmerrevolte - Die Hemdsärmelbörse von Oklahoma - Alte Leute vor die Hooverfront! - Blitzlichter vom Wahlkampf.

SPD. New York, Ende Oktober (Eig. Ber.)

Schon lange vor der industriellen Krise war die amerikanische Landwirtschaft in grosse Not geraten. Die Farmer litten unter der klaffenden Preisschere zwischen Industrie und Farmprodukten, ausserdem unter der absoluten Abhängigkeit vom Bankkapital. Auf ganz natürliche Weise entstand so eine regelrechte Bauernbewegung, deren Ende und Folgen noch gar nicht abzusehen sind.

Die Bewegung zeigte sich zuerst im August im Präriestaat Jowa. Die Farmer weigerten sich, ihre Produkte in die Städte zu senden, solange die niedrigen Preise für sie nur dauernde Verluste bedeuteten. Die Landstrassen wurden belagert, alle hereinkommenden Lebensmittelfuhren beschlagnahmt. Autos, die versuchten, in rasender Fahrt die Reihen der Farmer zu durchbrechen, wurden durch Barrikaden angehalten. Die Polizei war machtlos. Die Einschnürung der Städte wurde immer stärker, die Preise stiegen sprunghaft. Nach einer gewissen Zeit schlossen sich weitere 14 Farmerstaaten der Boykottbewegung an. Vor einer Konferenz der Gouverneure stellte ein Farmervertreter die Forderung auf, die Preise den Herstellungskosten anzugleichen und ein Moratorium für Steuern und Hypotheken zu gewähren. Einen Teil ihrer Forderungen scheinen die Farmer durchzusetzen.

Schlimmer noch als den Farmern geht es den amerikanischen Arbeitslosen, die ja keinerlei staatliche Unterstützung erhalten. Trotzdem lebt noch bei den amerikanischen Arbeitern die Zuversicht auf eine bessere Zeit. Sie halten meist ihr Erwerbslosenschicksal für persönliches Pech, das sie mit durchaus friedlichen Hilfsmassnahmen zu beseitigen versuchen. So entstand z.B. die Hemdsärmelbörse von Oklahoma-City. Die Arbeitslosen dieser Stadt hatten es satt, weiter bei den privaten Wohltätigkeitsorganisationen Tag um Tag Suppe und Nachtlager zu erbetteln. Sie gründeten eine Austauschstelle der von Erwerbslosen angebotenen Dienste gegen lebensnotwendige Produkte. Erwerbslose Handwerker liefern ihre Arbeit gegen entsprechende Naturalien. Schuhmacher, Schneider und Friseure tauschen ihre Leistungen gegen Butter, Kartoffeln und Brot ein. Gegen eine ausreichende Bezahlung in Produkten wird von fachmännischen Kräften gezimmert, angestrichen und ausgebessert. Nach den letzten Berichten soll diese Hemdsärmelbörse schon 2 000 Mitglieder haben. Aber aus dem Schreckensnetz der Krise, die man in naiver, praktischer Form zu begaunern versucht, kann sich so doch nur eine einzelne Gruppe befreien, worunter andere wieder zu leiden haben. Auf dieser Austauschbörse werden die vermittelten Arbeiten naturgemäss besonders billig geleistet. Die betroffenen Unternehmer, denen die Aufträge verloren gehen, müssen deshalb zahlreiche Arbeiter entlassen, womit der Ring des Elends wieder geschlossen ist.

Alle diese wirtschaftlichen Niederbruchserscheinungen werden selbstverständlich die amerikanischen Präsidentenwahlen am 8. November in starkem Masse beeinflussen. Der vor vier Jahren mit grosser Mehrheit gewählte Prosperity-

Kandidat Hoover wird wohl dem Demokraten Roosevelt weichen müssen. Der sozialistische Arbeiterkandidat Thomas kommt ernsthaft nicht in Betracht, wird aber doch stark an Stimmenzahl gewinnen - selbst Gegner aus dem bürgerlichen Lager geben zu, dass der Kandidat der Sozialisten drei- oder viermal soviel Stimmen bekommen wird als beim letzten Wahlkampf.

Bei der erbitterten Wahlkampagne zwischen den beiden bürgerlichen Gegnern wird entsprechend der Einstellung des amerikanischen Volkes auch mit ganz unpolitischen Mitteln gekämpft. Roosevelt lässt sich auf seiner Tournee von einem der bekanntesten Amerikaner, Will Rogers, begleiten. Will Rogers hat eine echt amerikanische Karriere hinter sich: er war Cowboy, Artist, Filmschauspieler, methodistischer Prediger; schliesslich wurde er als täglicher Glossator in der "New York-Times" einer der gelesenen Autoren Amerikas. Seit Jahren nimmt er in witziger Form zu allen amerikanischen Tagesfragen Stellung - ohne von ihnen eigentlich viel zu verstehen. Er repräsentiert eben die Stimme des berühmten kleinen Mannes auf der Strasse. Jetzt soll er nun mit seinem Lächeln und mit seinen uralten Cowboy-Witzen als Anreisser für den demokratischen Kandidaten wirken.

+

Roosevelt und Hoover lassen ihr Privatleben restlos in die Öffentlichkeit zerrren. In allen möglichen und unmöglichen Lebenslagen lassen sie sich photographieren. Für die Pressephotographen lachen und weinen sie, küssen sie ihre Frauen, drücken sie fremde kleine Kinder an die Brust. Roosevelt trinkt vor versammelter Presse drei Liter Milch und isst mehrere Pfund Apfelsel dazu - eine gefährliche Sache, aber angeblich ein Beweis der Vorliebe für die Produkte der Landwirtschaft, die Roosevelt später als Präsident zu stützen verspricht. Hoover besucht jeden Tag drei Kinderheime; so etwas macht sehr populär. Roosevelt denkt wieder an die Sportliebe der Amerikaner: unter Assistenz der Presse nimmt er Boxunterricht. Schreibt die demokratische Presse: "Boxmeister Tunney für unseren Kandidaten!", antwortet die republikanische: "Mary Oickford für Hoover!" Kürzlich teilte das republikanische Propagandabüro in New York mit, dass die Mutter mit den meisten Kindern Amerikas für Hoover sei! Sie hätte sie alle ins Weisse Haus geführt, damit sie Hoover die Hand drücken! Schon am nächsten Tag schrieb es von der andern Seite: "Eine Frau lässt sich von ihrem geliebten Manne scheiden, weil er gegen Roosevelt ist. Liebe für Roosevelt geht über jede Liebe!" Aber die Hooveristen sammeln jetzt die Unterschriften von möglichst vielen über 100 Jahre alten Bürgern, um die Schlagzeile vorzubereiten: "Das ehrenwerte Alter ehrt Hoover!" Die Demokraten appellieren wiederum an die Jugend und lassen deshalb für Roosevelt die Girls aus den Revuen der New Yorker Theater in Badeanzügen, bei deren Anblick Herr Bracht in Ohnmacht fallen würde, aufmarschieren. Und das Geld rollt! Ein Journalist stellte fest, dass allein in New York für den Wahlkampf für mindestens 20 Millionen Dollar Wetten abgeschlossen wurden!

K.

+

+

+

Lebt Wackers Russe? In dem Betrugsverfahren des Berliner van Gogh-Prozesses wird mit derselben Ausdauer und Erbitterung um die Ermittlung der Wahrheit gekämpft, wie in der ersten Verhandlung vor einigen Monaten. Nach wie vor behauptet der angeklagte junge Kunsthändler Wacker, die 33 inkriminierten, vermutlich grösstenteils gefälschten van Gogh-Bilder, die er als echt verkaufte, von einem in der Schweiz lebenden russischen Emigranten, dessen Namen er nicht nennen dürfe, als echt erworben zu haben. Der Staatsanwalt hat dem Angeklagten das Angebot gemacht, mit ihm zum Besuche jenes Russen nach der Schweiz zu fliegen - der Name des Russen solle selbstverständlich geheimbleiben: Wacker lehnte das grosszügige Angebot ab, weil er und jener Emigrant angeblich von Agenten der Sowjets beobachtet werden würden..

Der schiessende Baron. Vor dem Schwurgericht Kottbus begann am Freitag die Verhandlung gegen den 53jährigen Baron Hans von Bommsdorf, der des versuchten Erbschaftsmordes an seinem 72jährigen Onkel, dem Major a.D. Viktor von Bommsdorf, Majoratsherr auf dem spreewäldischen Gut Werben II, beschuldigt wird. Die Aussagen gehen auseinander. Der Angeklagte erklärt, dass sein Onkel als erster geschossen habe - der als Zeuge vernommene 72jährige Onkel schildert das Gegenteil: "Am 14. September 3 Uhr nachmittags liess sich der Angeklagte bei mir melden. Als es zu einer Meinungsverschiedenheit kam, zog er plötzlich einen Revolver, setzte ihn auf meine Brust und schoss. Ich machte eine Bewegung, der Schuss ging daneben. Ich flüchtete, der Angeklagte folgte mir, packte mich und hieb auf meine Stirn mit der Waffe ein. Die Darstellung, die der Angeklagte gibt, ist Schwindel von oben bis unten!" Der Zeuge wurde nicht vereidigt.

+ + +

Zwei Nobelpreise. Das Stockholmer Karolinische Institut, das alljährlich den Nobelpreis für die grösste wissenschaftliche Leistung auf dem Gebiet der Medizin zu vergeben hat, beschloss in diesem Jahre die Verleihung des Nobelpreises an die beiden englischen Professoren Sherrington (Oxford) und Adrian (Cambridge). Beide Gelehrte veröffentlichten grundlegende Arbeiten über die Funktion der Nervenzellen. Sherrington ist ein Kenner der Reflexphysiologie und Erforscher der Wilsonschen Krankheit, die sich in bestimmten Degenerationserscheinungen, im Zentralnervensystem zeigt; ausserdem gilt er als sehr bedeutender Schulhygieniker. Professor Adrian hat sich innerhalb der Nervenphysiologie speziell mit der Theorie der Aktionsströme beschäftigt (elektrische Ströme, die bei Nervenreizungen entstehen) und auf diesem Gebiete bedeutsame Arbeiten veröffentlicht.

+ + +

Verkehrsoffer. Auf der Prager Strasse in Dresden fuhr ein Strassenbahnwagen infolge Versagens der Bremse gegen ein Pferdewerk, dessen Kutscher vom Bock geschleudert und schwer verletzt wurde, und stiess dann gegen einen Lastwagen. Der Lastwagen wurde auf den Fusssteig gedrückt und zertrümmert. Eine Fussgängerin, die von dem Lastwagen erfasst wurde, war auf der Stelle tot.

+ + +

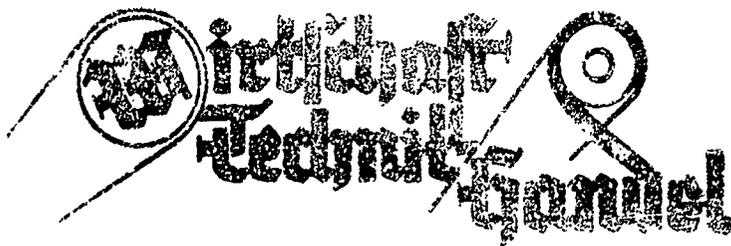
Der Geheimnisvolle. Noch immer hat die Berliner Polizei nicht die Identität des Mannes ermitteln können, den man, anscheinend betäubt und beraubt, am Mittwoch morgen im D-Zug Wiesbaden-Berlin kurz vor der Zielstation auffand. Der geheimnisvolle Passagier liegt im Krankenhaus Friedrichshain. Im allgemeinen spricht er ein undefinierbares Kauderwelsch, nur wenn er etwas zu rauchen oder zu essen haben möchte, kann er deutsch. Auf alle Fragen verweigert er die Antwort. Den Photographen zieht er Grimassen - die Bilder, die man von ihm aufnimmt, werden in keiner Weise ähnlich. Die Abnahme von Fingerabdrücken führten zu keinem Ergebnis. Laufen lassen möchte die Polizei ihren Findling auch nicht. Er ist, alles in allem, ein schwieriger Fall.

+ + +

Falschmünzer. In Stendal (Altmark) wurden zwei Falschmünzer festgenommen. Sie sind überführt, seit Juni 1932 aus Messing falsche Zweimarkstücke hergestellt zu haben. Ihre Werkstatt wurde ausgehoben.

+ + +

Ein Bibliomane. Im Lesesaal der Berliner Staatsbibliothek wurde am Freitag vormittag ein russischer Emigrant festgenommen, der seit dem Jahre 1928 aus wertvollen Werken fortgesetzt wichtige Blätter und Skizzen entwendet hat. Bei einer Haussuchung fanden sich Berge herausgerissener Seiten. Der Täter gibt an, aus wissenschaftlicher Not gehandelt zu haben.



Weltwirtschaftskonferenz.

Stärkster Zwang zur Verständigung, aber wenig Aussichten.

SP. Die deutschen Delegierten des vorbereitenden Ausschusses für die Weltwirtschaftskonferenz sind in Genf eingetroffen. Das bisherige Schicksal dieser Weltwirtschaftskonferenz ist nicht gerade erhehend. Der englische Ministerpräsident MacDonald war es, der nach den Lausanner Reparationsverhandlungen die sofortige Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz in Vorschlag brachte. Sie sollte die Aufgabe haben, die internationalen Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Kredit- und Währungspolitik und die unselige gegenseitige Absperrungspolitik durch grosszügige internationale Regelungen zu beseitigen. Dem lag der richtige Gedanke zu Grunde, an Stelle des heutigen Gegeneinanders in der Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder, die gleichmässig allen Staaten schadet und die Krise verschärft, wieder eine engere weltwirtschaftliche Verflechtung und Zusammenarbeit anzubahnen und durch Abbau der Zollbarrikaden, durch Stabilisierung der Währung, durch Lösung der Kreditprobleme, durch Wiederflottmachung des internationalen Kapitalverkehrs und durch Kapitalausgleich die Voraussetzungen für eine Wiederbelebung der Wirtschaft und Beseitigung der Vertrauenskrise zu schaffen.

Die Zuspitzung der aussenpolitischen Spannungen, insbesondere der deutsch-französische Konflikt, der durch die Aufrüstungspläne der Baronsregierung verschärft wurde, hat bisher das so dringend notwendige Zustandekommen der Weltwirtschaftskonferenz verhindert. Die Fortsetzung des rücksichtslosen Protektionismus in zahlreichen Ländern, nicht zuletzt die deutsche Abdrosselung der Einfuhr und die unselige Kontingentierungspolitik tragen gerade nicht dazu bei, die Wege zu der Konferenz zu ebnen. So sind die Beratungen bisher stecken geblieben und durch Missklänge erschwert worden.

Es ist vor allem zu bedauern, dass der englische Vertreter Layton, der sich auf dem Gebiet der Wiederanknüpfung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen wertvolle Verdienste erworben hat, sein Mandat für England im vorbereitenden Ausschuss der Weltwirtschaftskonferenz niedergelegt hat. Layton glaubt, dass die neusten Zollmassnahmen der englischen Regierung, überhaupt der Uebergang Englands ins Lager des Protektionismus, dem von ihm geforderten Kurs einer freiheitlichen Welthandelspolitik immer stärker entgegenstehen und nur durch die Wiederherstellung der internationalen Handelsbeziehungen die Grundlagen für eine Stabilisierung der Währung zu schaffen sind. Er hat daher, als Protest gegen die englische Regierungspolitik, sein Mandat niedergelegt. Da Layton die stärkste treibende Kraft für eine freiheitliche Gestaltung der internationalen Handelsbeziehungen war, ist sein Ausscheiden ein schwerer Verlust.

Es ist ein unglückliches Zusammentreffen, dass auch in Deutschland Mächte am Ruder sind, die zwar mit Worten den Wahnsinn der Autarkie ablehnen, aber in ihren Taten eine Handelspolitik treiben, die Deutschland in völlige Isolierung bringt und so den Weg für eine Wiederaufrichtung der weltwirtschaftlichen Wirtschaftsbeziehungen versperrt. Schon jetzt - nur durch die Ankündigung der Kontingente - ist schwerster Schaden in der deutschen Wirtschaft angerichtet worden. Die Tomatenkommission, die in allen Ländern umherreist, hat überall Körbe

erhalten. Wir möchten trotzdem die Hoffnung noch nicht ganz aufgeben, dass die Regierung in letzter Stunde zur Besinnung kommt. Es ist freilich ein merkwürdiges Zwitterspiel, dass die amtlichen Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums in Genf an der Konferenz für die Wiederherstellung internationaler Wirtschaftsbeziehungen mitarbeiten sollen, während man zur gleichen Zeit die Vertreter des Ernährungsministeriums in der ganzen Welt herumschickt, mit dem Auftrag, Kontingente durchzusetzen. Das bedeutet praktisch eine weitere Zerreissung der Beziehungen, die Deutschlands Wirtschaft mit der Welt verbinden.

SPD. In der bürgerlichen Handelspresse wird gegenwärtig bittere Fehde gegen den Plan der Reichsregierung geführt, den Eierzoll auf 50 Mark zu erhöhen, was eine Verzehnfachung des Eierzolls bedeutet. Die Zollbelastung pro Ei würde damit von 1/4 Pfennig auf rund 3 Pfennige steigen. Die deutsche Industrie befürchtet durch diese Zollerhöhung schwere Benachteiligung ihrer Warenausfuhr. Eine Reihe von Ländern, darunter Holland, hat Deutschland nicht im unklaren darüber gelassen, dass es mit Gegenmassnahmen antworten wird, sobald Deutschland den Eierzoll erhöht. Auch hier haben wir wieder die alte Geschichte. Die Industrie hat mit der politischen Reaktion auch eine sinnlose Wirtschaftsauffassung bei den Deutschnationalen und den Nazis grossgezüchtet. Das Feuer, das sie selbst angezündet hat, wird der Industrie jetzt unangenehm.

Aus diesen Gründen heraus gibt z.B. die "Deutsche Bergwerkszeitung" einen Zuschrift Raum, in der die Erkenntnis unterstrichen wird, dass der deutsche Hühnerhalter - und dazu gehören vor allem die kleinen Landwirte - den Getreideproduzenten, den Grossagrariern geopfert werden. Solange die Getreidepreise und damit die Futtermittelpreise in Deutschland noch einigermaßen auf der Linie der Weltmarktpreise lagen, war die deutsche Eierproduktion rentabel und gegenüber der ausländischen Einfuhr konkurrenzfähig. Als aber die indirekten Subventionen für die Grossagrariern in Form von Getreidepreiserhöhungen mit Hilfe staatlicher Massnahmen einsetzten, verlor die deutsche Eierproduktion ihre Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit. In der erwähnten Zuschrift, die die "Deutsche Bergwerkszeitung" abdruckt, finden wir dafür folgendes Beispiel:

Für den Verkaufserlös von 100 Eiern konnte man kaufen

	<u>Gerste</u>	<u>Mais</u>	<u>Weizen</u>
<u>in Deutschland</u>			
1929	57 kg	53 kg	46 kg
1931	26 "	29 "	26 "
<u>in Holland</u>			
1929	64 kg	63 kg	55 kg
1931	78 "	100 "	75 "

Während sich z.B. in Holland die Futtermittelpreise um die Hälfte verbilligt haben, ist in Deutschland eine phantastische Steigerung der Futtermittelpreise eingetreten. Das ist aber für die Rentabilität bei der Hühnerhaltung ausschlaggebend. Man muss bedenken, dass 3/4 der Produktionskosten beim Ei Futterkosten sind. Von den Futterkosten werden aber 2/3 vom Getreidepreis bestimmt. Haben wir in Deutschland überhöhte Getreide- bzw. Futtermittelpreise, dann kann die deutsche Eierproduktion niemals rentabel sein. Auch wenn man den Zoll auf 50 Mark verzehnfacht, wird der Vorsprung, den andere Länder in den billigen Futtermitteln haben, nicht eingeholt werden können. Eine Zollerhöhung - das wird auch in der "Deutschen Bergwerkszeitung" betont - kommt nur den Ausländern oder den Staatskassen, die bei einem erhöhten Zoll mehr einnehmen, zugute. Niemals den Eierproduzenten. Den Geflügelhaltern - und das ist nicht nur so bei den Eiern, sondern auch bei vielen anderen Veredelungsprodukten der Landwirtschaft - kann nicht durch Zoll geholfen werden, sondern

nur durch eine radikale Verbilligung der Futtermittel. Wenn die deutschen Grossagrarien nicht genügend billige Futtermittel produzieren können, dann ergibt sich die Notwendigkeit, billige Futtermittel aus dem Auslande einzuführen. Das ist weit rentabler als wenn man Eier aus dem Auslande nach Deutschland bringt. Der Kurs der deutschen Agrarpolitik muss nach der Richtung umgeworfen werden, billigere Futtermittel zu beschaffen. Dieser Kurs wird gesteuert, wenn wir am 6. November geschlossen für die Sozialdemokratische Partei (Liste 2) eintreten.

SPD. Wie bedenklich die Papensche Wirtschaftsankurbelung nach der Verbraucherseite wirkt, geht daraus hervor, dass im Zentralverband der deutschen Konsumvereine während des Monats September der Umsatz auf den tiefsten Stand des Jahres gefallen ist. Der Gesamtumsatz wird mit 45,63 Millionen Mark angegeben gegenüber 46,79 Millionen Mark im Vormat und 52,34 Millionen Mark im Monat Juli 1932. Damit stellt sich der Umsatz je Mitglied für den Monat September 1932 auf 21,63 Mark gegenüber 22,01 Mark im Monat August, 28,04 Mark im September 1931 und 35,21 Mark im September 1928.

Für die einzelnen Revisionsverbände ergibt sich folgende Feststellung: Bayern Gesamtumsatz 3,39 Millionen Mark, Umsatz je Mitglied 20,58 Mark, Mitteldeutschland Gesamtumsatz 2,563 Millionen Mark bzw. 20,78 Mark, Nordwestdeutschland Gesamtumsatz 8,810 Millionen Mark bzw. 22,07 Mark, Ostdeutschland Gesamtumsatz 4,857 Millionen Mark bzw. 18,27 Mark, Rheinland-Westfalen Gesamtumsatz 6,878 Millionen Mark bzw. 22,65 Mark, Sachsen 8,006 Millionen Mark bzw. 26,22 Mark, Schlesien Gesamtumsatz 876 000 Mark bzw. 16,06 Mark, Südwestdeutschland Gesamtumsatz 4,325 Millionen Mark bzw. 18,84 Mark, Thüringen Gesamtumsatz 2,943 Millionen Mark bzw. 21,93 Mark und Württemberg Gesamtumsatz 2,978 Millionen Mark bzw. 23,15 Mark.

SPD. Allem Anschein nach will der aus der Vorkriegszeit genügend bekannte Krieg gegen das Fahrrad, das Auto des kleinen Mannes, wieder aufleben. Dem Reichskanzler von Papen ist von einem "Konsortium zur Förderung von Radfahrerinteressen" eine Denkschrift zugeleitet worden, nach der jeder Radfahrer 1.) von der Polizei ein Erkennungsschild mit Nummer, 2.) eine Zulassungsbescheinigung haben, 3.) beides immer mitführen, dazu 4.) eine Haftpflichtversicherung abschliessen 5.) dafür je Rad und Jahr 1 Reichsmark und weiter 6.) einen einmaligen Verwaltungskostenbeitrag zahlen soll. Die Polizei soll 1.) über alle Fahrräder genaue Register führen, 2.) desgleichen über alle Fahrradeigentümer sowie 3.) beim Fahrradkauf Anmeldung und 4.) bei Fahrradverkauf Abmeldung verlangen.

* Dieser Plan bedeutet Fahrradsteuern, Nummernzwang, Kontrolle an allen Orten, die Scherereien und Schillern in noch nie dagewesener Vielseitigkeit bringen. Wir stellen fest, dass diesem "Konsortium zur Förderung von Radfahrerinteressen" kein Vertreter der Fahrradindustrie, des Fahrradhandels oder der Radfahrerverbänden angehört. Allem Anschein nach steckt dahinter irgend eine Versicherungsgesellschaft - siehe Haftpflichtversicherung! -, die ihre Finanzen mit Hilfe der politischen Reaktion aufbessern will. Wir haben auf diesem Gebiet schon allerlei in der Vorkriegszeit erlebt. Darum ist es gut, jetzt schon den Anfängen zu wehren. Die Denkschrift der Profitjäger wird in den Papierkorb wandern, wenn die Radfahrer am 6. November gegen die Reaktion und für die Liste 2 (Sozialdemokraten) stimmen.

SPD. Die Wirkungen der wahnsinnigen Benzinpreissteigerung scheinen in Regierungskreisen doch übel aufzustossen. Jedenfalls macht man den Versuch, die Schuld auf andre abzuwälzen, nämlich auf die angelsächsischen Oelkonzerne. Der Hugenbergsche Handelsdienst verbreitet deshalb die Nachricht, dass die deutschen Benzinproduzenten, also die I.G. Farbenindustrie und die Schwerindustrie, mit der Preispolitik der Benzinkonvention nicht zufrieden seien. Sie wären gegen eine weitere Benzinpreiserhöhung.

Diese Nachricht ist ebenso nützlich wie neu. Bisher wussten wir nicht - und dieses Wissen stammt aus bester Quelle -, dass sich die deutschen Produzenten mit den ausländischen Konzernen für die Benzinpreissteigerung um 8 bis 9 Pfennig einsetzten. Wenn die deutschen Produzenten jetzt andern Sinnes geworden sind, dann haben sie es in der Hand, aus der Benzinkonvention auszutreten. Warum sind sie überhaupt erst in die Benzinkonvention hineingegangen und warum haben sie bis jetzt die Preispolitik der Konvention mitgemacht? Ist ein Austritt der deutschen Produzenten aus der Benzinkonvention jetzt nicht möglich, dann brauchen sie noch keineswegs die Waffen vor der Preispolitik der Benzinkonvention, mit der sie angeblich nicht einverstanden sind, zu strecken. Der Reichswirtschaftsminister, der ja der I.G. Farbenindustrie sehr nahe steht, hat Vollmachten, die deutschen Produzenten vor einer Vergewaltigung durch die Ausländer zu schützen. Warum schreitet er aber nicht ein? Dass endlich von den Vollmachten gegen die Konzerne im Falle der Benzinpreiserhöhung Gebrauch gemacht wird, deshalb wählen wir am 6. November sozialdemokratisch (Liste 2).

SPD. Nach den Angaben des Reichsbundes des Teileinzelhandels betrug der Umsatz im Monat September 1932 nur 71,1 % des Umsatzes im Monat September 1931. Während im August 1932 eine Aufwärtsbewegung festzustellen war, ergab sich für den Monat September 1932 eine ableitende Entwicklung.

Das Ergebnis ist zu begreifen, wenn man an die Kaufkraftdrosselung der Papenschen Notverordnungen denkt. Der Handel muss zurückgehen, wenn die Massen nicht kaufen können. Daran wird die ganze Papensche Ankurbelung scheitern.

SPD. Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat eine Reihe von Entscheidungen auf dem Gebiet der Bausparkassen gefällt. Für die Europa in Osnabrück, die Bauspar in Dortmund und die Säntis in Wiesbaden ist der Antrag auf Eröffnung des Konkurs zu stellen. Der Europa und der Heimkredit-Gesellschaft in Berlin wird der Geschäftsbetrieb untersagt. Bei der Deutschen Eigenheimgesellschaft in Frankfurt am Main ist das bestehende Zahlungsverbot mit Wirkung vom 1. November aufgehoben worden. Bei der Quelle in Stuttgart wird das bestehende Zahlungsverbot bis zum 1. Juli 1933 verlängert.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung in RM je Zentner wagg. n. frei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,10-1,20, Rote 1,25 - 1,35, Odenwälder Blaue 1,10 - 1,20, andere Gelbfleischige (ausser Nieren) 1,30 - 1,40, Fabrikkartoffeln für Stützungskäufe 9 Rpf, im sonstigen Verkehr 7 - 8 Rpf pro Stärkeprozent frei Fabrik.

Preisbesserungen.

(Berliner Getreidebörse vom 28. Oktober)

SPD. An der Berliner Produktenbörse trat am Freitag eine merkliche Belebung ein. Es erfolgten Deckungskäufe in Brotgetreide und da ausserdem das Angebot der Landwirte nach den letzten Preisrückgängen geringer geworden ist, konnten sich die Preise merklich befestigen. Am Markte der Zeitgeschäfte stellten sich die Preisgewinne für beide Brotgetreidearten auf etwa 2 Mark, während Weizen und Roggen am Promptmarkt um je eine Mark anzogen. Dabei war das Geschäft ziemlich eingeschränkt. Grössere Abschlüsse kamen nicht zustande. Mehl wurde von der Bewegung nicht mitgerissen, obwohl die Mühlen zu unveränderten Preisen Ware anboten. Hafer fand vereinzelt Käufer. Auch hier konnten sich die Preise leicht befestigen. Dagegen blieb Futter- und Industriergerste vernachlässigt; nur feinste Brauqualitäten fanden Beachtung.

	<u>27.10.</u>	<u>28.10.</u>	
	(ab märkische Station in Mark)		
Weizen	188 - 190	189 - 191	
Roggen	151 - 153	152 - 154	
Braugerste	170 - 180	170 - 180	
Futter- und Industriergerste	162 - 169	162 - 169	
Hafer	129 - 134	130 - 135	
Weizenmehl	27,50 - 27,00	23,50 - 27,00	
Roggenmehl	19,25 - 21,75	19,25 - 21,75	
Weizenkleie	9,00 - 9,40	9,00 - 9,40	
Roggenkleie	8,25 - 8,60	8,25 - 8,60	

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober - bis 200 (Vortag 201), Dezember 202 $\frac{1}{2}$ - 201 $\frac{1}{2}$ (199 $\frac{1}{2}$), März 203 - 202 $\frac{1}{2}$ (200 $\frac{1}{2}$), Roggen Dezember 159 $\frac{1}{2}$ - 159 $\frac{3}{4}$ (157), März 162 (159 $\frac{1}{2}$), Hafer Oktober - (137), Dezember 135 $\frac{1}{2}$ und Brief (133 $\frac{1}{4}$), März 137 (135 $\frac{3}{4}$).

Berliner Viehmarkt.

SPD. Abgesehen vom Rindermarkt war der Auftrieb überall genügend ausgefallen, was sich jedoch in der Preisbewegung nicht ganz widerspiegelt. So war z.B. der Handel auf dem Schweinemarkt bei letzten Preisen glatt und flott. Auf dem Hammelmarkt waren gering genährte Schafe mehr gesucht. Knapp waren auch prima Kälber.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 45 (-), b) 240 bis 300 Pfund 44 (44 - 45), c) 200 bis 240 Pfund 41 - 43 (41 - 44), d) 160 bis 200 Pfund 38 - 41 (38 - 41), e) 120 bis 160 Pfund 35 - 37 (36 - 37), Sauen 35 bis 39 (36 - 39). Kühe: a) 24 - 26 (-), b) 20 - 23 (19 - 22), c) 17 - 18 (16 - 17), d) 10 - 16 (9 - 15). Kälber: a) - (-), b) 42 - 52 (46 - 54), c) 32 - 45 (35 - 48), d) 18 - 20 (20 - 28). Schafe: a) 24 - 26 (25 - 26), b) 30 - 32 (30 - 32), c) 25 - 28 (25 - 28), d) 14 - 24 (12 - 23).

Gewerkschaftliche Rundschau *

Schützt die sozialen Errungenschaften!

Die KPD schützt sie nicht.

SPD Die kommunistische Presse hat zu dem Bericht über die neuesten Beschlüsse des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale in einem besonderen Artikel etwas Begleitmusik gemacht. Darin findet sich folgender Satz: "Das Ende der sozialen Reformen bedeutet den gesteigerten Generalangriff auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse." Zu gleicher Zeit aber geben die Kommunisten die Parole aus, bei den Wahlen den "Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie" zu führen.

Bisher haben die kommunistischen Parteiführer den Arbeitern stets einzureden versucht, es gebe für sie gar keine sozialen Errungenschaften. Nun auf einmal rufen sie zur Verteidigung dieser Errungenschaften auf. Erobert wurden diese Errungenschaften von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften und zwar in einem jahrzehntelangen opferreichen Kampf. Wäre es nach den Kommunisten gegangen, dann stünde der deutsche Arbeiter heute dem Angriff der Reaktion ohne jeden Schutz gegenüber; denn die kommunistische Führung hat sich redlich bemüht, die sozialpolitische Aufbauarbeit der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften zu stören und zu zerstören.

Die Kommunisten gegen die Arbeitslosenversicherung.

Vor dem Krieg gab es in Deutschland keine staatliche Unterstützung der Arbeiter im Fall von Arbeitslosigkeit. Nur die Gewerkschaften leisteten ihren arbeitslos gewordenen Mitgliedern Beistand. Eine der ersten Taten der sozialdemokratischen Volksbeauftragten war die Schaffung der Arbeitslosenfürsorge. Sie ist im Jahre 1927 durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz abgelöst worden. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihm zugestimmt, obwohl es nicht alle Forderungen der Arbeiterschaft erfüllte. Die kommunistische Fraktion dagegen liess in der Schlussabstimmung vom 7. Juli 1927 durch den Abgeordneten Rädcl wörtlich erklären:

"Die kommunistische Fraktion hat bei den Beratungen über das Arbeitslosenversicherungsgesetz keinen Zweifel darüber gelassen, dass sie grundsätzlich gegen dieses Gesetz ist... Die kommunistische Fraktion lehnt dieses Gesetz, das ein Stück der reaktionären Bürgerblockpolitik ist, ab."

Die Kommunisten haben also die Arbeitslosenversicherung nicht etwa deswegen abgelehnt, weil sie zu wenig brachte, sondern weil die KPD "grundsätzlich" gegen das Gesetz war. Heute spielen sich die Kommunisten so auf, als ob ihnen die Arbeiter diese soziale Errungenschaft zu verdanken hätten.

Die Kommunisten gegen die Krisenfürsorge.

Die gleiche ablehnende Haltung hat die kommunistische Reichstagsfraktion eingenommen, als es sich darum handelte, den in der Versicherung ausgesteuerten Erwerbslosen den weiteren Bezug der Unterstützung zu sichern. In der Reichstagsitzung vom 13. November 1926 erklärte Frau Arendsee ausdrücklich: "Wir werden gegen die Krisenfürsorge stimmen und die Erwerbslosen zum Kampf aufrufen." Am 11. Juli 1928 erklärte der kommunistische Reichstagsabgeordnete Rädcl: "Ja, noch im Wahlkampfe brüstete sich die Sozialdemokratie damit, dass sie mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz eine wesentliche sozialpolitische Errungenschaft erobert habe."

Die Kommunisten waren also gegen die Krisenfürsorge. Heute wären die

Erwerbelosen froh, wenn sie noch die gleichen Unterstützungen beziehen könnten wie in den Jahren, als die Sozialdemokratie ihren Einfluss auf Erhaltung und Ausbau der sozialen Leistungen ausüben konnte.

Die Kommunisten gegen den Kündigungsschutz.

Auf Veranlassung der sozialdemokratischen Fraktion hat der Reichstag im Sommer 1926 einen Kündigungsschutz bei älteren Angestellten geschaffen. Für diese wurde eine, wenn auch nur beschränkte, Sicherung gegen die sofortige Vernichtung ihrer Existenz geboten. An dem Widerstande der bürgerlichen Parteien scheiterte damals eine weitere Ausdehnung dieses Schutzes. Was tat die kommunistische Fraktion? In der Reichstags Sitzung vom 2. Juli 1926 erklärte der Abgeordnete Torgler:

"Wir werden selbstverständlich gegen diesen lächerlichen Regierungsentwurf stimmen. Wir werden aber auch gegen den Antrag der Regierungsparteien stimmen, weil er - - lediglich ein Palliativmittelchen ist."

Die vielen tausenden von älteren Angestellten, die seitdem gemerkt haben, was der Kündigungsschutz für sie bedeutet, werden es sicher nicht vergessen, dass die Kommunisten dagegen gestimmt haben.

Die Kommunisten gegen das Arbeitsgerichtsgesetz.

Die Neuregelung des Arbeitsgerichtswesens, die im Jahre 1926 durchgeführt wurde, hat eine wesentliche Verbesserung bei der Austragung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsrecht gebracht. Vor der Schlussabstimmung am 11. Dezember 1926 erklärte der kommunistische Abgeordnete Bartz:

"Wenn man sich nicht an den äusserlichen Klang des Wortes "Arbeitsgericht" hält, sondern sich mehr um das innere Wesen der ganzen Materie kümmert muss man zu der Ueberzeugung kommen, dass dieses Gesetz keine Reform, am aller wenigsten eine soziale Reform darstellt... Man wird sehen, dass das Arbeitsrechtswesen kein anderer Zustand herbeigeführt wird, ja er wird noch schlechter durch dieses Gesetz und deshalb auch unsere ablehnende Stellung".

Inzwischen hat "man", nämlich die Arbeiterschaft gesehen, dass das Arbeitsgerichtsgesetz trotz mancher Mängel im einzelnen doch ein Fortschritt, eine soziale Errungenschaft war, zu deren Verteidigung jetzt auch die kommunistische Parteileitung aufruft.

Stärkt den Einfluss der Sozialdemokratie!

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat für den Schutz und den Ausbau der sozialen Errungenschaften keinen Finger gerührt. Auch die Erweiterung des Schutzes für Schwangere und Wöchnerinnen, auch die Ausdehnung der Unfallversicherung fand bei ihr keine Unterstützung. Unzählige Male hat sie sich auch gegen das Tarifwesen gewandt. Nur in einem Falle machte sie eine Ausnahme: am 23. Juli 1926 stimmten die Kommunisten gemeinsam mit den Sozialdemokraten für das Reichsknappschaftsgesetz. Diese vernünftige Haltung trug der kommunistischen Fraktion aber eine scharfe Rüge erst durch ihre Presse und dann durch die Leitung ihrer Partei ein.

Wer die Erhaltung und den Ausbau der sozialen Errungenschaften will, für den gibt es nur eins: Stärkung der Sozialdemokratie am 6. November!

SPD. Die Berliner Bundestagung des Deutschen Beamtenbundes wurde am Freitag abgeschlossen. Die inneren Spannungen des Bundes, die in den nationalsozialistischen Wühlereien ihren Grund haben, kamen in der Stellungnahme zu der viel umstrittenen Mitunterzeichnung des Aufrufes der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen vom 20. Juli zu dramatischer Entladung.

Der Berichterstatter des Organisationspolitischen Ausschusses, dessen Vorschläge zur Statutenänderung mit grosser Mehrheit angenommen wurden,

empfahl die Annahme einer Entschliessung des Bundesvorstandes, die in ihrem Kernstück lautet: Der Bundestag hält weiter daran fest, dass der Deutsche Beamtenbund in gemeinsamen Fragen im Rahmen seines Programms mit anderen Spitzenverbänden zusammenarbeiten kann. Um jeweils die gewissenhafte Beachtung aller wichtigen Bundesinteressen, insbesondere auch des Grundsatzes der parteipolitischen Neutralität, zu sichern, ist künftig vor jeder gemeinsamen Aktion die Zustimmung der verantwortlichen Bundesorgane einzuholen."

Vom Organisationspolitischen Ausschuss war nun auch die Annahme eines Antrags der Bundesleitung empfohlen worden, womit die Anträge erledigt werden sollten, die sich auf die Mitunterzeichnung des Aufrufs der Spitzenorganisation bezogen. Da in dem Antrag der Bundesleitung wiederum davon die Rede war, dass der geschäftsführende Vorstand den vielumstrittenen Aufruf nicht gedeckt habe, erklärte Kugler, der erste Vorsitzende des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, dass die Vertreter seiner Organisation wohl für die Entschliessung, jedoch gegen den Antrag der Bundesleitung stimmen würden. Kuglers Erklärung rief den Führer des Mecklenburgischen Beamtenbundes, Dr. Bernhöft, einen Parteigänger Hitlers, auf den Plan. Dieser zog in grösstenteils persönlichen Angriffen vor allem gegen den Bundesdirektor Lenz vom Leder, der ebenfalls den Aufruf der Spitzenorganisationen vom Juli unterzeichnet hatte. Bernhöft verlangte in überheblichem Ton die Versetzung des Bundesdirektors auf einen andern Posten. Die Spannung der Tagung nahm einen gefährlichen Grad an. Es hagelte erregte Zwischenrufe, und als der Bundestag mit knapper Mehrheit einen Antrag des Reichsverbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten auf kurze Vertagung der Sitzung ablehnte, verliessen die Reichsverbandsvertreter demonstrativ den Saal und hielten eine Sondersitzung ab. Nach deren Beendigung verlangte Kugler die Ablehnung des umstrittenen Antrags. Nun lenkte der Bundestag ein, und fast einstimmig wurde der von Kugler bekämpfte Antrag zu Fall gebracht. Mit erdrückender Mehrheit, mit der die Entschliessung des Bundesvorstandes angenommen wurde, verfielen die Anträge des nationalsozialistisch geführten Bundes deutscher technischer Zollbeamten der Ablehnung, die dem Bundesvorstand das Vertrauen entziehen und vor allem den Bundesdirektor Lenz sowie den Hauptschriftleiter des DBB Hesslein in die Wüste schicken wollten.

Die Wahl der ehrenamtlichen Mitglieder des Bundesvorstandes ergab die einstimmige Wiederberufung der bisherigen Vorstandsmitglieder. Zum Bundesvorsitzenden wurde der bisherige Führer des DBB Flügel mit 272 von 332 abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

SPD. Zwischen der Reichsregierung und den Kommunen schweben Verhandlungen über eine Erweiterung der Arbeitsbeschaffung, die zu denken geben. Die Reichsregierung, so verlautet, will von den 700 Millionen Steuergutscheinen, die der Wirtschaft zwecks Mehreinstellung zur Verfügung gestellt werden sollen, 200 Millionen zu Gunsten einer erweiterten Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand abgeben. Daraus geht hervor, dass die Papen Regierung den Mund etwas zu voll nahm, als sie versprach, etwa 1 1/2 Millionen Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Eine Abzweigung von 200 Millionen Steuergutscheinen für Arbeitsbeschaffung bedeutet, dass zunächst einmal von den 1 1/2 Millionen, denen man Arbeit versprach, mindestens ein Drittel einsteuerten nicht in Arbeit kommt.

Die Kommunen erklären gegenüber dem Vorschlag der Regierung, sie wollten von einer neuen kurzfristigen Verschuldung auf der Grundlage des Systems der Steuergutscheine nichts wissen. Gangbar sei nur die Gewährung eines

sehr langfristigen zinslosen Reichskredits.

Wir wollen im Augenblick auf die zweifellos stark taktisch eingestellte Kritik der Kommunen nicht näher eingehen. Eines muss man aber auch ihnen sagen: Nurbeschäftigung zu Hungerlöhnen ist keine Lösung. Die Löhne, die heute vielfach in der kommunalen Arbeitsbeschaffung bezahlt werden, sind unter aller Kritik; sie unterscheiden sich nicht mehr von der Wohlfahrtsunterstützung. So geht es nicht.

In der Arbeitsbeschaffung wird bedenklich viel herumexperimentiert, weil eine hohe Herrenregierung glaubte, klüger zu sein als die Gewerkschaften. Die Erfolge der Herren sind auch danach.

SPD. Die Kontingentierungspolitik der Papenregierung war ein grösslicher handelspolitischer Missgriff. Einen neuen Beweis dafür liefert die Aussenhandelsstatistik für die feinkeramische Industrie. Fast alle Positionen weisen für die Monate Juli - September eine rückläufige Tendenz auf, und wenn das Rückgangstempo noch einige Monate so wie bisher anhält, dann wird in Kürze der Zeitpunkt da sein, an dem die feinkeramische Industrie ihrem Auslandsabsatz einen Grabstein setzen kann. Da die Papen-Regierung im übrigen durch ihren Lohndruck auch den Inlandsebsatz allmählich zum Versiechen bringt - nach Weihnachten wird das sehr deutlich zu merken sein - kann sich die feinkeramische Industrie bald ihre Sterbestunde mathematisch berechnen.

Der mengenmässige Rückgang in den ersten neun Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr beträgt für alle feinkeramischen Erzeugnisse 31,3 v.H. und wertmässig 41,1 v.H. Am erkennbarsten ist der Exportrückgang, wenn man die Septemberausfuhr von 1932 mit der des gleichen Monats von 1931 vergleicht. So stand der Ofenkachelexport vom September 1932 um 33 v.H. unter dem des Vorjahreseptembers, der Versand von Bodenplatten sogar um 60 v.H. darunter. Die ehemaligen Hauptabsatzgebiete (Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und die Schweiz) haben ihren Bezug eingeschränkt. Die Ausfuhr von Wandplatten ist ebenfalls stark zurückgegangen. Bei einfarbigem Steingut betrug der Rückgang im gleichen Zeitraum 30 Prozent, bei mehrfarbigem 50 Prozent, bei Geschirrporzellan 45 Prozent und bei Zierporzellan ebensoviel. Auch Elektroporzellan erlitt einen weiteren Rückgang von ziemlich hohem Ausmass. Vor allem fallen die Auftragsverluste von Seiten der nordischen Staaten, der Schweiz, Kanadas und Aegyptens ins Gewicht.

SPD. In den Niederlanden ist zur Zeit ein scharfer Kampf um die Schaffung eines Betriebsrätegesetzes in Gang. Der Entwurf der Regierung ist in der Kammer bereits in Ausschussberatungen eingehend erörtert worden, wobei es zu lebhaften Auseinandersetzungen kam. Den Sozialdemokraten geht der Entwurf nicht weit genug. Nach ihrer Auffassung räumt er den Betriebsräten keine Befugnisse von irgend welcher Bedeutung ein. Den Handelskammern geht trotzdem der Entwurf zu weit, und ein Teil der Kammern fordert rundweg Ablehnung der Regierungsvorlage. Selbstverständlich operieren die Handelskammern in erster Linie mit dem Argument, die Schaffung eines Betriebsrätegesetzes bringe der Wirtschaft neue finanzielle Lasten.

Im Jahre 1933 finden in Holland Neuwahlen zur zweiten Kammer statt. Der Kampf um das Betriebsrätegesetz nimmt daher immer schärfere Formen an.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Berlin, den 28. Oktober 1932.

Die Augen der Gerichteten.^x

SPD. Es ist in Griechenland absolut keine Seltenheit, wenn von Zeit zu Zeit einige Kompagnien Soldaten ins Gebirge geschickt werden, um dem Räuberwesen Einhalt zu gebieten. Diese Räuberbanden Griechenlands unterscheiden sich von denen anderer Länder dadurch, dass sie eine ganz besondere historische Vergangenheit haben. Als vor 500 Jahren die Türken Griechenland eroberten, bildeten sich in allen Teilen des Landes Freischaren, denen unsrer Zeit ähnlich, die sich gegen die Türkenherrschaft auflehnten. Sie überfielen kleinere türkische Truppenabteilungen, metzelten die Begleitung nieder oder plünderten auch deren Warentransporte aus. Ursprünglich wurden sie von der Bevölkerung als Patrioten bezeichnet, doch bald war das Freischärlertum um der Beute wille ihr Beruf geworden.

Als nun vor hundert Jahren die Türken das Land verliessen, hatten die "Klephten" - so nannte man diese Leute - keine "Arbeit" mehr. Da fingen sie kurzerhand an, ihre eigenen Volksgenossen auszuplündern, und entwickelten sich bis zum heutigen Tage, da der Sohn vom Vater dieses "Handwerk" erbe, zu regelrechten Räuberbanden. Selbst, als der bayrische König Otto in Athen residierete, versuchten diese Banden, die Vorstädte Athens zu plündern, wurden aber von den bayrischen Truppen, die König Otto zu seinem persönlichen Schutze nach Griechenland mitgebracht hatte, wieder in die unzugänglichen Schluchten der wildromantischen Gebirge Attikas und Böotiens zurückgejagt. Meistens werden diese Räuber noch von den Bauern im Gebirge versteckt, da sie nach dem Vorbilde der Rinaldo Rinaldini und Schinderhannes nur den Reichen, aber nicht den Armen angreifen.

Vor einigen Jahrzehnten wurde wieder einmal eine grössere Aktion gegen die Klephten unternommen. Dabei nahm man einige dieser Räuber gefangen. Wie es auch sonst üblich war, wurden ihnen die Köpfe abgehauen und als Abschreckungsmittel gegen die Räuberei öffentlich ausgestellt.

Zu dieser Zeit hielt sich der deutsche Kunstmaler Gabriel Max, der durch seine Werke "Märtyrerin am Kreuz", "Löwenbraut" und "Es ist vollbracht" bekannt geworden ist, vorübergehend in Athen auf. Auf einem Spaziergange ausserhalb der Stadt sah er die abgeschnittenen Köpfe der Räuber. Der Anblick erschütterte ihn tief. Länger als jeder andere Bürger blieb er vor den Gerichteten stehen; ihn schreckten nicht der blutbeklebte lange Backenbart, die halbgeschlossenen, starren Augen und die eingefallenen Wangen in den schmalen, blassen, ovalen Gesichtern. Lange blickte er sie sinnend an. Dann erhellte ein verklärtes, sonderbares Lächeln die Gesichtszüge des Malers: der grosse Künstler war in ihm erwacht. Sein Gedächtnis meisselte das Gesicht eines Schwergelprüften, gab den Leiden und Qualen eine höchst vollendete Formgestaltung eines vom rauhen Schicksal durchfurchten Antlitzes. Er fand den erlösenden letzten versöhnenden Schmerz eines Todgeweihten, den Schmerz, den er, so gestaltet, oft vergeblich gesucht hatte.

Dann gab er dem Schmerz gestaltetes Leben. Gabriel Max formte den letzten Seelenkampf Christi.

Das Gemälde wurde ausgestellt und bald als wundertätiges Heiligenbild von den Priestern verehrt. Ein Priester in NEOS KOSMOS, einem weit abgelegenen Vororte von Athen, liess sich eine Kopie machen und hängte dieses Bild in der Sankt Georgskirche dort auf, damit man seine Kirche öfter besuche.

Und die Bauern aus allen Gegenden kamen zusammen und meinten, in dem Bilde wäre Christus wiedergekehrt. Mit grossem Fanatismus wurde dieses Gemälde als Heiligtum vergöttert, bis die Polizei dem Treiben vor zwei Jahren ein Ende machte.

Gar seltsam ist der Anblick des Originalgemäldes. Wenn man die Augen des Christuskopfes oberflächlich betrachtet, so erscheinen sie geschlossen. Lässt man jedoch seinen Blick länger darauf ruhen, so öffnen und schliessen sich scheinbar die Augen. Dies ist auch der Grund, weshalb die Bauern meinen, Christus sei in dem Bilde wiedergekehrt. Von den griechischen Priestern wurden sie aus begreiflichen Gründen in diesem Glauben bestärkt.

Während die andern Werke von Gabriel Max in Griechenland nicht bekannt wurden, hat ihn gerade dieses Bildnis berühmt gemacht. Es ist das Gemälde "Das Schweisstuch der heiligen Veronika". - -

Giselher Mumm.

Baldur, der Wahrheitssucher

SPD. Sie sassen zu dritt im Hinterzimmer ihres Stammlokals und hoben die Biergläser: "Unsre tapferen Braunhemden", riefen sie, "sie sollen leben!" Sie sagten es mit derselben Begeisterung, mit der sie damals gesagt hatten: "Unsre tapferen Feldgrauen..." Sie setzten die Gläser wieder auf den Tisch, gehobenen Geistes und voller Zuversicht, denn sie halfen mit, Deutschland zu befreien. Sie, drei aufrechte Volksgenossen, belieferten nebenbei die braune Armee mit Kochgeschirren, Schulterriemen und Bildnissen des grossen Adolf, laufend und bis zu 25 % Verdienst. Sie liessen die braune Armee leben, und die braune Armee liess sie leben. Sie glaubten, dass Deutschland gereinigt werden müsste; sie glaubten es aus tiefer Ueberzeugung, denn sie erhofften für diesen Fall grössere Lieferungen.

Und da sie eben von ihrer herrlichen Bewegung gesprochen hatten und von Friedrich dem Einzigen, der nun vom Himmel mit Stolz auf seinen Nachfolger, den grossen Adolf, herunterblickte, sagte der Brotbeutel-fabrikant, die Zeitung entfaltend, welche ein Hakenkreuz zierte: "Man sollte endlich kurzen Prozess machen mit diesen asiatischen Horden und Reichsbannerstrolchen, die, weil sie von Juda verhetzt sind, alle deutschen Volksgenossen abzuschlachten gedenken mit spitzen Dolchen - so steht es in der Zeitung - und in viehischer Weise, indem sie ihre Opfer zu Tode trampeln; und die obendrein von den römischen Richtern freigesprochen werden. Wann?" fragte er ein wenig naiv, "wann rollen endlich die Köpfe?" Und er nahm einen grossen Schluck, sich zu stärken.

"Wenn es der Führer bestimmt", antwortete der Schulterriemenfabrikant, "wenn wir dann marschieren, wird das Untermenschentum vom Erdboden weggefegt und der Erbfeind ins Meer gejagt."

"Sehr richtig", bemerkte der Postkartenhändler, "aber, wann marschieren wir denn?"

"Tja, wann?" sagten sie alle drei und sahen bekümmert auf das stolze Bärtchen des grossen Adolf, der ihnen gegenüber an der Wand hing. Adolf, dein Volk wartet! dachten sie, und der Schulterriemenfabrikant - er hiess Baldur - begann mit verträumten Blicken von den jungen Heldengestalten der braunen Armee zu reden, und dass die Jugend zu Hitler stünde, habe sich auch wieder herrlich gezeigt. Dabei dachte er an seinen Jüngsten, welcher Theobald hiess und ein Sorgenkind war, ein Tunichtgut, der einem jüdischen Arzte die Nachtglocke abgeschraubt hatte und unermüdlich war, alle möglichen Flächen mit Hakenkreuzen zu versehen. Aber, ach, er, der Vater dieses Knaben Theobald, ahnte nicht den neuesten Streich seines Sprösslings, den dieser mit germanischer List ausgeheckt hatte, indem er voll Uebermut seinem Erzeuger heimlich

in geraubtes Abzeichen der Eisernen Front an den Revers des Ueberziehers gesteckt hatte. Zwar hätte dieser Streich entdeckt werden müssen, aber Baldur hatte den Mantel über den Arm genommen, als er das Haus verlies, ahnungslos ob der Tücke seines Letztgeborenen.

So konnte etwas geschehen, das Baldur in tiefste Verwirrung stürzte. Es war gegen Mitternacht, als er sich von seinen Stammtischgenossen trennte und heimwärts schritt durch die dunklen Strassen, ein deutscher Mann, wohlbeleibt und gewärtig, von verrohten Bluthunden angefallen zu werden. Und er näherte sich seinem Hause, an dem zwei Fahnen der Landesverräter hingen, Symbole, bei deren Anblick der Zorn in ihm aufstieg. Sollte man, so dachte Baldur, nicht diese Schmach tilgen und aus dem deutschen Volkskörper ausätzen mit Salzsäure, die ohnehin billig und von grosser Wirkung ist? Und je mehr er darüber nachdachte, umso erhabener erschien ihm diese Idee und würdig der Ausführung. Aber leider hatte er dabei noch immer nicht bemerkt, dass er eines jener Abzeichen am eigenen Leibe trug. Im Herzen Baldur, Deutschlands Erneuerer, äusserlich aber gekennzeichnet als vollkommen verlumpter Untermensch, wandelte er seines Weges. Dieses aber sollte ihm zum Schaden gereichen, wie wir gleich sehen werden.

Denn kurz bevor Baldur in die Seitenstrasse einbog, begegnete ihm, der eben den Lichtschein einer Laterne passierte, ein Trupp SA-Leute, die mit heruntergelassenen Sturmriemen und trutzigen Mienen ihres Weges zogen. Es waren acht milchbärtige Jünglinge, und sie hatten eben eine mutige, entschlossener Tat vollbracht, indem sie die Schaufenster einiger deutschnationaler Zeitungs-filialen mit Hakenkreuzen und mittels Teerfarbe bemalt hatten; somit ihren unbeugsamen Willen, Deutschland zu reinigen, kundtuend. Geschwellt vom Bewusstsein dieser Tat, begegneten sie Baldur, der sie mit erhobenem Arme grüsste, mit wackerem Heilruf und strahlender Miene, denn lieblich dünkte ihn der Anblick dieser Jünglinge. Sie aber bemerkten mit geübten Blicken eben jenes Abzeichen, welches ihnen abscheulich erschien, und in bedauerlicher Verkenntnis hielten sie Herrn Baldur für einen Marxisten, der sie offenbar durch seinen Gruss zu provozieren gedachte. Und schon fühlten sie sich angegriffen und bedroht von gewaltiger Uebermacht und setzten sich in äusserster Verzweiflung und in einem Ausbruch von Volkszorn zur Wehr. Mit dem Rufe: "Haut den Marxisten, den Strolch, Lump und Untermenschen!" fielen sie heldenmütig und der Gefahr nicht achtend über Herrn Baldur her und bearbeiteten ihn schweigend mit Fäusten und jenen Schulterriemen, die noch seine Firmenmarke trugen; denn sie waren unwissend und durch den Schein geblendet.

Zum Glück kam eine Polizeistreife des Weges daher. Bei ihrem Nahen liessen die Jünglinge von Baldur ab und ergriffen die Flucht, denn es ist schimpflich für einen deutschen Jüngling, in Gefangenschaft zu geraten. Die Polizisten aber führten Herrn Baldur zur Wache, wo seine Wunden verbunden wurden, und er nach einigem Nachdenken angab - denn das Abzeichen an seinem Mantel war bei der Schlägerei verloren gegangen -, die vertierten Gestalten der Marxisten hätten ihn, als deutsche Helden verkleidet, heimtückisch überfallen.

Wie erstaunt aber war Baldur, als er am nächsten Abend in dem deutschen Abendblatt über sein Abeneuer Folgendes las: Wieder hätten rote Bluthunde einen Trupp friedlicher SA-Männer überfallen. Diese aber hätten sich zur Wehr gesetzt und die wilden Horden in die Flucht geschlagen. - Wie? dachte Baldur, ich habe sie überfallen? Ich, ein einzelner Mann? Da es also wirklich deutsche Volksgenossen waren und keine Marxisten, wie konnten sie dann aber mich überfallen? Doch niemand klärte ihn auf, am allerwenigstens Theobald, der in grosser Furcht lebte. So verstrickte sich Baldur in Grübeleien, die ihm besser erspart geblieben wären. Am folgenden Morgen begab er sich auf die Redaktion eben jener Zeitung, welche "Die Trommel" hiess (bezeichnenderweise, denn was ist wohl der Hauptbestandteil jenes volkstümlichen Instrumentes - ein Hohiraum!). Nichts Geringeres wollte Baldur, als eine Berichtigung. Die Wahrheit, dachte er, muss ans Licht kommen. Ein solches Ansinnen aber erschien

an dort waltenden Parteigenossen, welche mit allerlei Schnüren besetzte Phantasieuniformen trugen, ähnlich den Platzanweiserinnen in manchen Kinos, eine so ungeheuerliche Zumutung, dass sie Baldur schleunigst durch eine Wache auf die Strasse setzen liessen. "Die Wahrheit," riefen sie ihm nach, "die Wahrheit...wohin sollten wir da kommen..."

Nach diesem Vorfall verschlimmerte sich Baldurs Zustand. Schliesslich musste man ihn in eine Irrenanstalt überführen. Dort kann man ihn noch heute sehen. Die grossen Reden, die er seinen Leidensgefährten hält, haben ihm in kurzer Zeit viele Anhänger gewonnen. Er hält sich jetzt - so rasche Fortschritte machte die Krankheit - für Deutschlands neuen und einzigen Retter, und es vergeht kein Tag, an dem er nicht von den Ärzten und Wägern, gestützt auf den Willen der Majorität, die Uebergabe der gesamten Macht fordert.

Kaliban.

Man kann nie wissen!!!!X

SPD. Man kann nie wissen....., wer morgen oder übermorgen in der Politik entscheidet. Für viele Leute ist das eine peinliche Frage, zumal augenblicklich, da die Ueberschwemmung rechts abzunehmen scheint.

Ich habe den Portier eines grossen Wohnhauses beobachtet, der mir ein politisches Barometer darstellt. In seinem Hause sind alle politischen Schattierungen vertreten. Vor kurzem noch hat er nur den "Heil"-Gruss mit der dazu gehörigen strammen Extase ausgeführt, wenn der Bewohner des zweiten Stockwerks etwas beduselt anrückte. Heute ist der Ruck in die Luft weniger straff. Ja, der Gute übt schon insgeheim den Gross "Freiheit!", denn im Hinterhause wohnt ein Sozialdemokrat von Bedeutung.

Aber das Netteste habe ich vor ein paar Tagen bei ihm beobachtet.

Es war Sonntag. Zwei Mieter kamen aus Wahlversammlungen, der Nazi aus dem zweiten und der Deutschnationale aus dem ersten Stock. Und - oh, Pech! - als der Portier eben noch den "Heil"-Gruss dargebracht hatte, kam schon der Mann aus dem ersten Stock hinterher. Was tun? Mein Portier liess die erhobene Rechte sofort sinken und kratzte sich an der Hosennahe. Den neuesten deutschen nationalen Gruss hatte er noch nicht eingeübt.

Ja, die Zeiten sind schwer!

Alfred Auerbach.

Schloss Königswusterhausen.X

SPD. Der "Geist von Potsdam" spukt gegenwärtig wie seit 1918 nicht mehr. Er wird wie ein Schutzgeist gegen die Mächte des "Umsturzes" zitiert. Da ist es denn ganz reizvoll, ihn in seinen Schlupfwinkeln aufzustöbern. Man findet ihn vielleicht nirgends so rein erhalten wie in jenem Jagdschlosse südöstlich von Berlin, das seit Friedrich Wilhelm I., dem "königlichen Korporal", "Königswusterhausen" heisst. Ohnehin ist dieser Flecken aus seinem Dornröschenschlaf erwacht durch die gewaltige Radioanlage, einen der leistungsfähigsten Sender der Welt, den "Deutschlandsender".

Nur ein paar Schritte von den gewaltigen Masten dieser Anlage entfernt, fristet jenes unangenehme und allenthalben verhasste Preussentum, jenes monarchische Stockpreussentum, ein halb vermodertes Dasein. Es sieht wie ein schlecht übertünchtes Stück Mittelalter aus, dieses Lieblingsschloss des "Soldatenkönigs". Man kann es der Tochter des Königs, Wilhelmine von Baiereuth, nachfühlen, wenn sie von einem "ehemaligen Diebswinkel" spricht, "von einer Bande Räuber erbaut, denen das Schloss früher gehört hatte". Mit der "Bande

"Räuber" kann nur der märkische Landadel gemeint sein, in dessen Besitz die Burg kam, die ursprünglich markgräflicher Besitz gewesen war. Die Prinzessin hat nicht ganz unrecht: der Landadel, der das ganze 15. und bis tief ins 16. Jahrhundert hinein den Hohenzollern die Souveränität streitig machte und sich nur langsam an den Hofdienst gewöhnen konnte, war von einer "Bande Räuber" nicht wesentlich verschieden. Die Kosten des Friedens aber, den endlich das Landesfürstentum mit dieser "Räuberbande" schloss, trugen die Bauern. Wusterhausen, verdeutsch aus dem wendischen "Wustrow", kaufte der erste Preussenkönig Friedrich I. und schenkte es seinem zehnjährigen Söhnchen. Und dieser exerzierte - früh krümmt sich, was ein Häkchen werden will - die Bauernjungen als seine "Leibkompagnie" ein und wird sie dabei wohl schon ebenso verdroscheln haben wie später seine Bürger, die "Kanailen", die ihn partout nicht lieben wollten".

Dann wurde Königswusterhausen Jagdschloss. Es ist ganz natürlich, dass grosse Fürsten leidenschaftliche Jäger sind. Beide Berufe setzen einen gewisse Sadismus voraus. Zumal die Wildschweinjagden waren von einer unglaublichen Roheit. "In ein viereckiges Gehege von 600 bis 700 Schritten, das von Leinen eingeschlossen war, liess man oft 200 oder 300 wilde Schweine von jedem Alter und jeder Grösse ein. Hier erwarteten sie die Jäger, je zwei und zwei, um die wild Hereinbrechenden "auflaufen" zu lassen. Verfehlten sie das Tier oder zerbrach das Fangeisen (die "Saufeder"), so wurden sie oft über den Haufen gestossen und von dem verwundeten Wildschwein übel zugerichtet. Zuweilen nötigte der König auch wohl seine Jäger und Pagen, die grössten Keiler bei den Ohren zu fassen und mit Gefahr des Lebens so lange festzuhalten, bis er selbst herbeikam, um sie "abzufangen". Wer sich zu solchem Dienst weigerte, galt für feige". - So erzählt Theodor Fontane, der ein treuer Monarchist gewesen ist. Er berichtet auch, dass einmal im Jahre 1729 bei Köpenick Friedrich Wilhelm von einem wütenden Eber angefallen und so schlimm zugerichtet wurde, dass man für sein Leben fürchtete. Leider wird nicht verraten, wieviele Menschen bei diesem "edlen Waidwerk" ihr Leben eingebüsst haben. Menschenleben waren damals wenig wert.

Das Schloss selber ist alles eher als königlich. So, wie man es aus der mittelalterlichen Wasserburg zurechtgemacht hat, ist es geschmackloses Flickwerk, nicht alt und nicht neu. Zu einem gründlichen Umbau, wie ihn etwa Knobelsdorff auf Geheiss des Kronprinzen mit der alten Wasserburg Rheinsberg vornahm, war der König viel zu geizig. "Es ist gewiss ein ziemlich hässliches Gebäude", muss sogar Fontane zugeben. Ein Viereck aus Feldsteinen, an das sich ein Trepenturm lehnt, ist in der Höhenrichtung geteilt worden, sodass eine Art Gliederung durch zwei Giebel sich ermöglichen liess. Also nicht einmal zu einem Treppenhaus hat es gelangt. Eine enge Wendelstiege verbindet die verlierten Kellerräume, in denen die Küche untergebracht war, mit dem Hochparterre, das die Wohn- und Schlafräume des Königspaares enthält, und dem Obergeschoss mit den kleinen, niedrigen Stuben der Prinzessinnen, an deren Türen Gucklöcher angebracht sind wie an Gefängniszellen. Jede einigermaßen begüterte Landadelsfamilie dürfte behaglicher gewohnt haben als das Königshaus, das annähernd drei Monate in jedem Jahre, von Ende August bis Anfang November, hier weilte.

Auch die Königin mit ihren Töchtern musste dorthin mitkommen, weil Seine Majestät das Familienleben, das durch Seltworte und Prügel anmutig gewürzt war, über alles schätzte. "In Berlin hatte ich das Fegefeuer, in Wusterhausen aber die Hölle zu erdulden", schrieb Wilhelmine in ihr Tagebuch. "Meine Schwester Charlotte" (die spätere Herzogin von Braunschweig) "und ich hatten für uns und unser ganzes Gefolge nur zwei Zimmer oder vielmehr zwei Dachstübchen. Wie auch das Wetter sein mochte, wir assen zu Mittag immer im Freien unter einem Zelt, das unter einer grossen Linde aufgeschlagen war. Bei starkem Regen sassen wir bis an die Waden im Wasser, da der Platz vertieft war. Wir waren immer 24 Personen zu Tisch, von denen drei Viertel jederzeit fasteten.

Ich war all die Zeit über so leidend, dass ich versichern darf, 2 Jahre lang von nichts anderm als Wasser und trocken Brot gelebt zu haben". Selbst wenn man die Angaben über die mangelhafte Verpflegung nicht so wörtlich nimmt - der König war ein ungemein starker Esser und ein noch tüchtigerer Trinker -, bleibt das Leben für die jungen Damen unter lauten rauhen Kriegern, die abwechselnd jagten und sofften, traurig genug. Friedrich Wilhelm scheint über die Frauen ähnlich gedacht zu haben wie die Apostel des "Dritten Reiches".

Wir würden uns jedenfalls für eine Sommerwohnung schönstens bedanken, die "von einem Graben umgeben" wäre, "dessen schwarze und fauliges Wasser dem Styx glich" (dem schauerlichen Unterweltflusse der Alten). Eine Toilette oder Badegelegenheit wird man im ganzen Schlosse vergeblich suchen - das gab's für die "von Gottes Gnaden" nicht -; nur der König, dem als einzige Tugend grosse Reinlichkeit nachgerühmt wird, benützte einen Abgusstein zum Waschen, der mindestens fünfmal so gross ist wie die allerdings befremdlich kleine Waschschüssel Goethes in Weimar. Das Meiste von der Inneneinrichtung hat die Pietätlosigkeit der Nachkommen des angeblich so grossen Monarchen unkommen lassen. Gut erhalten ist nur noch das "Tabakskolleglum" mit seinen unbequemen bäurischen Stühlen um einen rohen Tisch, darauf zinnerne Bierkrüge, Majolokaschüsseln und Tonpfeifen. Hier hat der "Geist von Potsdam" seine Orgien gefeiert.

Hermann Hieber.

Herbstweise.^x

Der Himmel hängt voll grauer Regensäcke.
Aus ist der Sommer, nicht mehr dran zu rütteln.
Schon pfeift der Wind aus seiner Winterecke,
die letzten Bäume ratzekahl zu schütteln.

Und langsam rückt der grosse Monatsweiser
auf Jahresschluss. November. Kälteschauer.
Die Nase läuft. Man niest, krächzt rau und heiser.
Längst liegt die neue Grippe auf der Lauer.

Nur noch in Holland spürt man Frühlingsfächeln.
Man flickt den Purpur, putzt die olle Krone,
übt Mimik: strengen Ernst und gut'ges Lächeln,
die alte Garde: Vater mit dem Sohne. -

Ob ihre Köpfe auch vor Dummheit rauchen; -
Die jungen Esel und die alten Knochen;
zu einem sind sie doch noch zu gebrauchen:
Ein Hohenzollernsüppchen draus zu kochen - - -

Hipp, hipp, hurra! Herr Bracht lässt mit sich reden;
ein Stückchen Rücken darf die Maid belichten.
Doch bleibt er streng darauf bestehen, auf jeden
Fall, was man Busen nennt, hermetisch abzudichten.

Der 6. kommt. Was wird die Wahl ergeben?
Sei's, wie es sei! Herr Papen lächelt heiter.
Nur, wenn er kuscht, lässt er den Reichstag leben.
- - - Geht das, ad infinitum, nun so weiter - - - ?

Nein! - Schluss damit! Werft alles in die Schale!
Herbei ein jeder! Jede Stimme wiegt.
Es liegt an uns; dann ist mit einem Male
der Spuk vorbei; dann hat das Recht gesiegt!

Walter Schirmeier.

Ein zerstreuter Professor.^x

SPD. Der Grossvater des Dichters Ludwig Uhland war Professor der Theologie in Tübingen. Er war ein grundgelehrter Mann, hatte aber gewisse Eigenheiten, die ihn zum Gegenstand eines gutmütigen Spottes machten. Als er einmal, ermüdet von einer langen Wanderung, im Bette lag und fest schlief, machte ihm ein jüngerer Hausgenosse zum Scherze Sporen an die mit weichen Schuhen bekleideten Füsse. Als nun der Alte am andern Morgen erwachte und die Sporen fühlte brummte er ärgerlich: "Der Bediente, der Schlingel, hat mir die Stiefel ausgezogen und die Sporen vergessen".

Der alte Herr hatte ein Stipendium zu verwalten, das nur an Studenten von einem gewissen Alter gegeben wurde. Eines Tages kam ein Musensohn zu ihm und bewarb sich um das Stipendium. Es stellte sich jedoch heraus, dass er noch zu jung war. "Schade", murmelte der Ärmste. "Nun, so machen Sie doch, dass Sie älter werden!" fuhr ihn der alte Uhland an.

Ueber mehrere Studenten, die im Tübinger Stift in einem Zimmer Abends arbeiteten, hatte der alte Uhland die Aufsicht zu führen. Als er einmal vor der Tür dieses Zimmers stand und gerade eintreten wollte, hörte er drinnen seine eigene Stimme: ein Student ahmte gerade - offenbar sehr echt - die etwas breite Sprechweise des Professors nach. Da schüttelte der Alte nachdenklich den Kopf und brummte: "Bin ich denn schon drinne?"

Diese drei Geschichtchen hat Varnhagen von Ense, der sie in einem Briefe aus Tübingen vom 10. November 1808 an Rahel Levin, seine spätere Gattin, berichtet, aus dem Munde des jungen Ludwig Uhland selbst gehört. Sie sind also nicht etwa Erzeugnisse einer blühenden Dichterphantasie. K.Qu.

SPD. Ein anspruchsvoller Gast.^x Mäderich sagte im Hotel Astoria zum Kellner: "Ich möchte gern ä Dässjn Gaffee. Nich zu gross. Aber auch nich zu glein. Er darf warm sein, aber nicht so heiss, dass mr sich die Guszhe dran verbrennd. Mid Zuggr. Aber gein gewöhnlicher Zuggr, sondern Wirflzuggr."

"Sonst noch Wünsche?"

"Ja, mid Milch. Aber nich gewöhnliche Milch, sondern richdche Sahne."

"Sehr wohl."

"Und dann bringen Sie mir doch, bidde, ä Döbbjn heesses Wasser mid, im Falle, dass mir der Gaffee zu schdarg is."

"Sehr wohl."

"Und ä Glas galdes Wasser zum Hinderherdrinken möchte ich ooch noch."

Da sagte der Kellner liebenswürdig: "Und worin wollen Sie den Kaffee serviert haben? In altem chinesischem Porzellan oder in einem Originalsilberbecher aus der Renaissance?"